

Ulrich Mählert

FDJ

1945-1989

Berlin, Hauptstadt der DDR, Mitte Mai 1989. Aus allen Teilen des Landes waren Hunderttausende Jugendliche der Einladung ihres Jugendverbandes zum traditionellen Pfingsttreffen gefolgt. Sie erwartete ein unüberschaubares Programm aus politischen, kulturellen und sportlichen Veranstaltungen. An zentralen Plätzen waren Bühnen aufgebaut, auf denen Rockbands, Folklore- und Singegruppen für Stimmung sorgten. In den Parkanlagen lagen Jugendliche in der Sonne und erholten sich von den langen Nächten in überfüllten Jugendklubs und Sammelunterkünften. Bier und Wein flossen in Strömen. In der ganzen Stadt herrschte Volksfestatmosphäre. Der offizielle Höhepunkt des viertägigen Spektakels wurde vom DDR-Fernsehen live übertragen: Stundenlang defilierten Jugendliche, ausgestattet mit Plakaten, Fähnchen, Tüchern und Wimpeln auf der traditionellen Abschlussdemonstration in der Karl-Marx-Allee an der Partei- und Staatsführung vorbei. Die Fernsehaufzeichnungen zeigen fröhliche junge Menschen, mit und ohne blauem Hemd, die einem sichtlich gut gelaunten Erich Honecker und seinem Politbüro freundlich zuwinken. Wem die Jugend gehört, dem gehört die Zukunft – schenkt man dieser einfachen Gleichung der Politik Glauben, dann schien die SED-Herrschaft im vierzigsten Jahr der DDR gesicherter denn je. Rund 2,3 Millionen junge Menschen zwischen dem 14. und dem 25. Lebensjahr besaßen das kleine blaue Mitgliedsbuch der einzigen in der DDR zugelassenen Jugendorganisation. Dies entsprach einem Organisationsgrad von fast 80 Prozent. Freie Deutsche

Jugend, kurz FDJ, war ihr seltsam unzeitgemäß klingender Name in einem Land, in dem Verweise auf das einst ungeteilte Deutschland seit den 70er Jahren sorgsam aus dem öffentlichen Leben getilgt worden waren. Es war eine Großorganisation von einem in der deutschen Geschichte bis dahin ungekannten Ausmaß. Tausende hauptamtliche Funktionäre verfügten über Hunderte Jugendklubs, Ferienanlagen, einen eigenen Verlag, die auflagenstärkste Zeitung der DDR, Zeitschriften, ein eigenes Reisebüro, ein hochmodernes Video- und Tonstudio, einen eigenen Fuhrpark. Die FDJ verstand sich als sozialistischer Jugendverband an der Seite der SED, deren führende Rolle seit Beginn der Fünfzigerjahre in den Verbandsstatuten festgeschrieben war und von keinem Funktionär offen angezweifelt wurde. Die FDJ war fest im politischen und gesellschaftlichen System verankert. An den Schulen und Universitäten, in der beruflichen Ausbildung sowie beim Militär vermochten sich nur wenige Jugendliche dem Werben der FDJ zu entziehen. Mit der Mitgliedschaft in der FDJ demonstrierte man das von der Partei- und Staatsführung abverlangte „gesellschaftliche Engagement“. Die Pflicht zu regelmäßigen politischen Schulungsstunden wurde mit einer Vielzahl von Freizeitangeboten der Jugendorganisation versüßt. FDJ-Funktionäre waren auf allen Ebenen in die vielfältigen Gremien des Staates und der Gesellschaft eingebunden. Den Erziehungsauftrag der FDJ hatte Erich Honecker in einem Interview mit der „Jungen Welt“ vom 8. Februar 1989 noch einmal in eigene, unmissverständliche Worte gefasst. Auf die Frage nach der wichtigsten „Grundwahrheit“, die es den Lesern zu vermitteln galt, antwortete der SED-Generalsekretär: „Dass der Sozialismus [...] die einzige Alternative zum Kapitalismus ist. Das ist die entscheidende Frage. Junge Menschen müssen wissen und fühlen, dass unsere Politik, das Handeln unserer Republik entsprechend ihrer historischen Mission Glück und Zukunft für die junge Generation bedeuten.“

In den vier Jahrzehnten DDR haben Millionen Menschen die FDJ durchlaufen, ihre Schulungskurse besucht, sind später Mitglieder der zahlreichen anderen Massenorganisationen der DDR geworden, die alle auf den Erhalt des Systems ausgerichtet waren. Und dennoch sollten so viele dieser Menschen der DDR im vierzigsten Jahr die Gefolgschaft aufkündi-

gen, dass das SED-Regime wie ein Kartenhaus zusammenbrach. Viele junge Menschen sind – bildhaft gesprochen – vom Pfingsttreffen ihrer Jugendorganisation direkt nach Ungarn gereist, um von dort über Österreich nach Westdeutschland zu flüchten. Die jahrzehntelangen Bemühungen, die junge Generation für den DDR-Realsozialismus zu gewinnen, hatten offenkundig wenig gefruchtet. Die FDJ hatte ihren Erziehungsauftrag nicht erfüllen können. Der Blick zurück in die Geschichte des Jugendverbandes vermag hierfür Erklärungen zu geben.

1945-1947 Der Weg zur Freien Deutschen Jugend

Das offizielle Gründungsdatum der FDJ ist der 7. März 1946. An diesem Tag gab die Sowjetische Besatzungsmacht in ihrer deutschsprachigen Tageszeitung „Tägliche Rundschau“ die Zulassung der FDJ bekannt. Die Gründung dieser „überparteilichen, einigen, demokratischen Jugendorganisation“ war am 26. Februar von den Mitgliedern eines „Zentralen Jugendausschusses“ in Berlin beschlossen worden. Die Jugendorganisation wollte sich für die Einheit Deutschlands einsetzen, die Jugend „für die großen Ideale der Freiheit, des Humanismus, einer kämpferischen Demokratie, des Völkerfriedens und der Völkerfreundschaft“ gewinnen und zur Mitwirkung am Wiederaufbau motivieren. Darüber hinaus entwarfen die „Grundsätze und Ziele“ der FDJ ein Deutschland, „das der Jugend das Mitbestimmungsrecht durch ihre aktive Teilnahme an der Verwaltung des öffentlichen Lebens einräumt, das allen Jungen und Mädels ohne Unterschied ihrer Herkunft, des Vermögens und des Glaubens eine gute Berufsausbildung, Zutritt zu allen Bildungs- und Kulturstätten, gleiche Entlohnung für gleiche Arbeit, ausreichenden Urlaub und Erholung sichert“. Und schließlich wollte der Jugendverband mit eigenen Arbeitsgemeinschaften zur sozialen, kulturellen und sportlichen Entwicklung seiner Mitglieder beitragen. Zehn Monate nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges dürften diese Forderungen den meisten Zeitgenossen ebenso wünschenswert wie in absehbarer Zeit kaum erfüllbar erschienen sein. Der überwiegenden

de Teil der Bevölkerung, der von ganz anderen Sorgen geplagt war, wird der ganzen Angelegenheit wenig Bedeutung beigemessen haben, falls ihn die Nachricht von der Verbandsgründung überhaupt erreicht hat. Die Unterzeichner des Gründungsaufrufes waren weithin unbekannt. Im Trümmermeer der deutschen Städte spielte die Frage nach dem täglichen Brot eine weitaus größere Rolle. Von Politik wollten viele nichts mehr wissen. Deutschland war seit Kriegsende in vier Besatzungszonen geteilt. Obwohl es die FDJ zeitweilig auch in Westdeutschland gab, beschränken sich die weiteren Schilderungen auf die Entwicklung in der SBZ sowie der späteren DDR.

Eine demokratische Erfolgsgeschichte?

Der Weg zur Freien Deutschen Jugend könnte in knappen Worten als folgerichtige Antwort auf die Erfahrung des Nationalsozialismus erzählt werden. Zum Kriegsende waren fast ausnahmslos alle deutschen Jugendliche Mitglieder des Jungvolkes, der Hitlerjugend oder des Bundes Deutscher Mädchen gewesen. Nicht wenige Jugendliche hatten in den letzten Kriegstagen ein Gewehr oder eine Panzerfaust in die Hand gedrückt bekommen, um sich im „Volkssturm“ den vorrückenden alliierten Truppen entgegenzustellen. Die Jugend galt als durch und durch nationalsozialistisch verseucht. Mit dem Verbot nationalsozialistischer Organisationen durch die Alliierten war das organisierte Jugendleben in Deutschland zu einem abrupten Ende gekommen. Unter demokratisch gesinnten Deutschen herrschte Übereinstimmung, dass es gemeinsamer Anstrengungen über alle Parteigrenzen hinweg bedurfte, diese Jugend in einem antifaschistischen, demokratischen und antimilitaristischen Sinne umzuerziehen. Angesichts der Schwierigkeiten des demokratischen Neuanfangs konnte eigentlich niemand etwas gegen die Idee einwenden, die Jugendarbeit vorläufig kommunalen Jugendausschüssen zu überantworten. Als Verwaltungsorgan der politischen Neutralität verpflichtet sollten die Ausschüsse Kultur-, Freizeit- aber auch Arbeitsangebote für Jugendliche entwickeln und anbieten. Ende Juli 1945 per Anordnung der Sowjetischen

Militäradministration ins Leben gerufen, erhielten die lokalen Jugendausschüsse bis Mitte September übergeordnete Ausschüsse auf Landes- und Zonenebene. Wo immer die Jugendausschüsse über geeignetes Personal und ausreichend Ressourcen verfügten, entwickelte sich rasch eine rege Jugendarbeit, die unter Jugendlichen auf Anklang stieß. Zum Jahreswechsel 1945/46 wurde zunehmend der Ruf laut, die Jugendarbeit in eine eigenständige Organisation zu überführen. Deren Gründung war schließlich im Februar 1946 beschlossen und Anfang März bekannt gegeben worden. Mit dem ersten gesamtdeutsch ausgerichteten Verbandstag, Parlament der FDJ genannt, wurde der Organisationsaufbau im Juni 1946, in Brandenburg bei Berlin abgeschlossen. War der Weg zur FDJ-Gründung somit eine demokratische Erfolgsgeschichte der Nachkriegszeit? Tatsächlich hatten nicht wenige zeitgenössische Beobachter diese Entwicklung mit Misstrauen und Ablehnung verfolgt. Denn wie so oft haben derartige Ereignisse eine Vorgeschichte, die sich erst auf den zweiten Blick erschließt.

Einheitsrhetorik zwischen Schein und Sein.

Trotz anfänglicher Übereinstimmung, die Erziehung der Jugend als Gemeinschaftsaufgabe anzugehen, kamen bei vielen politischen Akteuren bereits im Verlauf des Jahres 1945 Zweifel auf. Und diese Zweifel waren mit der Arbeit der Kommunistischen Partei Deutschlands, der KPD, verbunden, die in Ostdeutschland nach Kriegsende zunehmend die deutsche Politik bestimmte. Am 10. Juni 1945, nur einen Monat nach Kriegsende, hatte die SMAD mit Ihrem Befehl Nr. 2 die Gründung von Parteien und Gewerkschaften in ihrer Zone gestattet. Die KPD trat bereits am Folgetag mit Ihrem Gründungsaufruf an die Öffentlichkeit. Nur wenig später konstituierten sich die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD), die Christlich-Demokratische Union (CDU) sowie die Liberaldemokratische Partei (LPD). Hatte die KPD bis 1933 die parlamentarische Demokratie erbittert bekämpft und zum Scheitern der Weimarer Republik wesentlich mit beigetragen, schienen die Nachkriegs-

kommunisten geläutert. Sie verzichteten auf jegliche revolutionäre Rhetorik und bekannten sich zur bürgerlichen Demokratie. Die Sozialdemokratie, die sich als einzige Stütze der Weimarer Demokratie erwiesen hatte, setzte sich klar für „Demokratie in Staat und Gemeinde und Sozialismus in Wirtschaft und Gesellschaft“ ein. Die CDU empfahl sich als Sammlungspartei des protestantisch-konservativen Lagers. Entsprechend des vorherrschenden Zeitgeistes einer Linkswendung in ganz Europa befürworteten die Christdemokraten die Verstaatlichung der Bodenschätze sowie der Schlüsselindustrien. Einen unerwarteten Aufschwung sollten die in der Weimarer Republik zuletzt unbedeutenden Liberaldemokraten nehmen. Hierzu trug vor allem deren ablehnende Haltung gegenüber einer sozialistischen Politik bei.

Als die KPD im Juli 1945 eine Einheitsfront der vier demokratischen Parteien vorschlug, gab es für die anderen Parteien wenig Gründe, diesen Vorschlag abzulehnen. Schließlich ging es darum, die Grundlinien der deutschen Nachkriegspolitik gemeinsam zu verabreden. Und in diesen Kontext fügte sich auch die bereits in den Wochen zuvor erhobene Forderung der KPD ein, kommunale Jugendausschüsse statt eine Vielzahl von Jugendorganisationen zu gründen. Demonstrativ hatten die Kommunisten öffentlich auf die Neugründung des kommunistischen Jugendverbandes verzichtet. Auch hier schien es zunächst keinen Grund zu geben, warum dieser Vorschlag nicht aufgegriffen werden sollte. Die Entscheidung hierüber lag ohnehin in den Händen der Sowjets. Und dennoch dürfte auch die von der KPD so erfolgreich forcierte jugendpolitische Linie zumindest jene Nachkriegspolitiker beunruhigt haben, die bereits im Sommer 1945 das Vormachtstreben der Kommunisten mit Sorge beobachteten. Als bald wurde deutlich, dass die SMAD die KPD in vielerlei Hinsicht bevorzugte: Die Kommunisten erhielten nicht nur mehr Papier für Zeitungen und Flugblätter, bessere Immobilien, mehr Fahrzeuge, größere Benzinzuteilungen und Sonderationen. Sie waren offenbar auch in der Lage, ihre Politik mit den Sowjets vorab abzustimmen, was ihnen einen ungeheuren Startvorteil bot. Hinzu kam, was kaum ein Zeitgenosse damals gewusst haben dürfte, dass die KPD bereits vor Kriegsende drei Initiativ-

gruppen mit erfahrenen Parteifunktionären aus dem Moskauer Exil nach Deutschland entsenden konnte, die mit Hilfe der sowjetischen Armee den Neuaufbau der Zivilverwaltung steuerten. „Es muss demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben“, zitierte später das damals jüngste Mitglied der Berliner Initiativgruppe, Wolfgang Leonhard, den Organisator des kommunistischen Neuanfangs in Deutschland, Walter Ulbricht. Rasch gelang es der KPD, die Schlüsselstellungen in den kommunalen sowie überregionalen Verwaltungen zu besetzen. Und dies galt eben auch für die kommunalen Jugendausschüsse, die Teil der Verwaltung für Volksbildung waren. So hatten in den Ausschüssen vor allem junge Kommunisten das Sagen. Nicht weniger folgenreich war das Verbot neuer Jugendorganisationen, das die SMAD Ende Juli mit der Einrichtung der Jugendausschüsse bekannt gegeben hatte. Letztlich dürften nur wenige politische Akteure dieser Entwicklung im Verlauf des Jahres 1945 allzu große Aufmerksamkeit geschenkt haben. Schließlich galt es zunächst, die eigene Partei aufzubauen und hierfür insbesondere Jugendliche zu gewinnen, was allen Parteien erstaunlich gut gelang. Trotz einer verbreiteten Politikmüdigkeit, trotz des immer währenden Hungers und dem damit verbundenen Überlebenskampf gab es eine sichtbare Minderheit von Jugendlichen, die bereits im ersten Friedensjahr ihren persönlichen politischen Neuanfang durch den Beitritt zu einer der neuen Parteien demonstrierte.

Einheitszwang

Als sich schließlich zum Jahreswechsel 1945/46 in den Reihen der Jugendausschüsse die Forderung nach einer eigenen Jugendorganisation häuften, wurde dies von einer wesentlich grundsätzlicheren öffentlichen Kampagne überlagert. Seit November 1945 hatte die KPD Kurs auf eine rasche Vereinigung mit der SPD genommen, die sie noch im Sommer brüsk abgelehnt hatte. Inzwischen hatte die KPD ihren Parteaufbau zwar vorangebracht, dabei jedoch festgestellt, dass sie trotz der massiven Unterstützung durch die SMAD hinter der

SPD zurückzufallen drohte. Und so war in ganz Ostdeutschland eine massive Kampagne angelaufen, die mit unverhüllten Drohungen gegen widerstrebende Sozialdemokraten bis hin zu Verhaftungen durch die Besatzungsmacht, die SPD schließlich im April 1946 zur Fusion mit der KPD zwang. Viele Sozialdemokraten glaubten damals, in der gemeinsamen Partei bald die Führung übernehmen zu können. Ein fataler Irrtum wie sich rasch herausstellen sollte. In diesen Zeitraum fielen die scheinbar von der Basis ausgehenden Bestrebungen, die Jugendausschüsse in eine eigene Jugendorganisation zu überführen. Plötzlich mussten insbesondere die Christdemokraten und Liberaldemokraten feststellen, dass sie auf die Entscheidungen in den Jugendausschüssen kaum Einfluss nehmen konnten. Der eine oder andere helllichtige Beobachter dürfte diese Gremien plötzlich in einem anderen Licht gesehen haben. Bei der Besetzung der Ausschüsse war im Vorjahr der Verwaltungscharakter der Gremien betont worden, der einen politischen Proporz nicht erforderlich erscheinen ließ. Und nun wurde deutlich, dass die meisten „Verwaltungsangestellten“ in diesen Ausschüssen das KPD- oder SPD-Parteibuch besaßen und nach ihrem Geschmack die Gründung einer Jugendorganisation vorantrieben. Lediglich auf der Landes- sowie auf zentraler Ebene war man bemüht gewesen, jeweils mindestens einen Mitarbeiter mit CDU- oder LDP-Parteibuch einzubinden. Diese waren jedoch keine offiziellen Parteivertreter. Als die Mitglieder des Zentralen Jugendausschusses am 26. Februar ihre Unterschrift unter den Gründungsbeschluss setzten, befand sich unter den Unterzeichnern lediglich ein Christdemokrat, Manfred Klein, sowie je ein Vertreter der evangelischen sowie der katholischen Kirche. Letztere hatten ihre Unterschrift erst dann unter das Dokument gesetzt, als den Kirchen nach harten Verhandlungen das Recht auf eine autonome Jugendarbeit zugebilligt worden war. Wenn keine der beiden bürgerlichen Parteien gegen die FDJ-Gründung protestierte, dürften dafür mehrere Gründe eine Rolle gespielt haben: An erster Stelle muss daran erinnert werden, dass der demokratische Neuanfang unter der Aufsicht und Kontrolle der sowjetischen Besatzungsmacht erfolgte. Deren Pressezensur hätte keinerlei Kritik an derart grundsätzlichen Entscheidungen zugelassen. Ende 1945 hatte die CDU erleben müs-

sen, dass die SMAD den Parteivorsitzenden Ernst Lemmer absetzte, als der gegen die Ausgestaltung der Bodenreform zu opponieren wagte. Darüber hinaus schien der jugendpolitische Alleingang in der SBZ unter dem Vorbehalt einer späteren gesamtdeutschen Lösung zu stehen. Und schließlich sollten in den FDJ-Leitungsgremien auf zentraler und Landesebene Vertreter aller Parteien eingebunden werden. Auf diese Weise glaubte man, für einen überparteilichen Kurs des Jugendverbandes sorgen zu können. Die Sozialdemokraten waren zum Zeitpunkt der FDJ-Gründung durch die Einheitskampagne völlig absorbiert. Ihr profiliertester Vertreter auf der Ebene des Zentralen Jugendausschusses, Erich Wiechert, war bereits 1945 verstorben. An seiner Stelle trat mit Edith Baumann eine bis dahin wenig bekannte Sozialdemokratin in den Vordergrund. Sie galt als eifrige Verfechterin einer Einheitsfront der beiden Arbeiterparteien. Nachdem den Sozialdemokraten bereits im Dezember 1945 ihr grundsätzliches „Ja“ zur Fusion der beiden Parteien abgerungen worden war, fügten sie sich Mitte Februar 1946 den Wünschen der KPD-Jugendpolitiker. Die Bedingung war, dass die Sozialdemokraten die gleiche Anzahl von Funktionärsposten in der FDJ besetzen durften, wie die KPD. Keine zwei Monate später schien diese Frage ohnehin obsolet zu sein, als die beiden Parteien schließlich fusionierten. Der ursprünglich vorgesehene gesamtdeutsche Anspruch der FDJ – die Verbandsleitung sollte eigentlich „Reichsleitung“ heißen und eine eigene Abteilung die Arbeit in den Westzonen koordinieren – war wohl auf Weisung der SMAD aufgegeben worden. Für die Gründung einer gesamtdeutschen Jugendorganisation wäre die Zustimmung der westlichen Alliierten erforderlich gewesen. Diese hätten ihr „Ja“ jedoch zweifellos davon abhängig gemacht, dass die SMAD noch andere Jugendorganisationen in ihrer Zone zulässt. Daran scheiterte auch die Zulassung der FDJ in der Viermächtestadt Berlin. Dort konnte die FDJ offiziell erst im Oktober 1947 im gesamten Stadtgebiet ihre Arbeit aufnehmen. Die westlichen Alliierten hatten darauf bestanden, dass die Sowjets zugleich die sozialdemokratischen Falken sowie zwei weitere Jugendorganisationen in ihrem Sektor der Stadt duldeten.

Dennoch war es nicht ganz falsch, wenn die FDJ bereits im Frühjahr 1946 für sich in Anspruch nahm, als einzige Jugendorganisation in allen Zonen Deutschlands präsent zu sein. Nach Kriegsende hatten junge Emigranten, die aus Großbritannien nach Deutschland heimgekehrt waren, vor allem in der britischen Zone erste FDJ-Gruppen gegründet gebildet. Ihre Hochburgen lagen in Hamburg und im Rhein-Ruhr-Gebiet. An diesen Gründungen waren neben den Remigranten auch ehemalige Widerstandskämpfer sowie vormalige Jugendführer der konfessionellen bzw. der bündischen Jugend beteiligt. Die Gruppen trugen nicht immer die Bezeichnung „Freie Deutsche Jugend“. So gab es in Köln die „Deutsche Volksjugend“, in Augsburg den „Bund junger Schwaben“, die „Freie Deutsche Jugendbewegung“ in Westfalen und die „Freie Demokratische Jugend“ im Saarland. Zunächst arbeiteten diese Gruppen voneinander isoliert auf lokaler Ebene. Erst als sich die Gruppen 1946/47 auf Zonenebene zusammenschließen konnten, vermochte die Berliner FDJ-Führung, ihren Einfluss auf diese Organisationen auszuweiten. Die Mitgliederzahl der westdeutschen FDJ lag auch zu deren Hochzeiten nie über 50.000. Eine eigenständige politische Relevanz konnte die Organisation im Westen Deutschlands nie erlangen.

Das I. Parlament der Freien Deutschen Jugend

Die Lizenzierung der FDJ durch die SMAD am 7. März 1946 war der Ausgangspunkt für den zielstrebigem Aufbau der Jugendorganisation. Dieser war bereits Mitte Juni 1946 mit dem I. Parlament der Freien Deutschen Jugend in Brandenburg/Havel weitgehend abgeschlossen. Die 50 Kilometer vor den Toren Berlins gelegene Havelstadt empfing die 633 stimmberechtigten Delegierten des Parlaments – darunter auch einige aus den Westzonen – mit Fahnen, Transparenten und Plakaten festlich geschmückt. Die junge Organisation hatte keine Kosten und Mühen gescheut und für die Anreise der Berliner sowie der sächsischen Delegierten je einen Dampfer gechartert. Auf dem Wasser und in Sonderbussen und -zügen auf dem Lande erreichten die Delegierten den Parlamentsort. Am Morgen des 8.

Juni, um 9 Uhr wurde das Bild von den „fortschrittlichsten Kräften der Generationen beschworen, die auf den Schlachtfeldern des Hitlerkrieges das Meiste geopfert haben“ und die nach „zwölf Jahren blutiger Nacht der faschistischen Barbarei und eines mörderischen Krieges“ sich in Brandenburg versammelt hätten, „um den Weg zum Frieden zurückzufinden“. Es folgten Begrüßungsansprachen der sowjetischen Besatzungsmacht, der Parteien und der Verwaltungsbehörden, die die proklamierte „nationale Bedeutung des ersten Parlaments“ zu unterstreichen schienen. Dreizehn Monate nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges in Europa erklärte der Vertreter der SMAD, die sowjetische Besatzungsmacht bringe der deutschen Jugend „weitgehendstes Vertrauen“ entgegen. Er forderte die Jugendlichen auf, „alle Versuche, die Spaltung in eure Reihen zu tragen, Zwietracht und gegenseitiges Misstrauen zu säen, zunichte“ zu machen. Anders als im Falle der SED, die ihren Mitvorsitzenden Otto Grotewohl das Grußwort an das Parlament sprechen ließ, entsandten die CDU und die LDP weniger prominente Vertreter. Während der Liberaldemokrat in seinem Grußwort nicht auf den Verband, sondern ganz allgemein auf die Bedeutung der Jugend beim Neuaufbau einging, rang sich der Christdemokrat zu einem vorsichtig, mahnenden Bekenntnis zur Jugendorganisation durch. Am Nachmittag des ersten Tages versammelten sich die Delegierten erneut in der Stadthalle, um das Grundsatzreferat des designierten FDJ-Vorsitzenden zu hören. Voller Stolz berichtete der kommunistische Jugendfunktionär, dass die Freie Deutsche Jugend mittlerweile 250.000 Mitglieder in ihren Reihen zähle. Er verwies auf jene Jugendlichen, die in freiwilliger Mehrarbeit in „Jugendstoßbrigaden“ auf dem Lande landwirtschaftliches Gerät wiederherstellten, Patenschaften für Dörfer übernahmen und in Tag und Nachtarbeit Felder für die Frühjahrsbestellung pflügten, um die Ernährung der Bevölkerung sicherzustellen. Die Hälfte der im Rahmen der Schulreform neu ausgebildeten Lehrer Sachsens würden aus „Handwerkerkreisen und sonstigen Arbeiterschichten“ stammen. „Zum ersten Mal in der Geschichte der deutschen Jugendbewegung“ besäße die Jugend „Jugendheime und Erholungsheime, die sich nicht nur sehen lassen können, sondern die auch die Möglichkeit geben, eine gute Freizeitge-

staltung und wirkliche Erholung zu gewährleisten“. Vielfach seien ihnen „Schlösser und Villen der Kriegsverbrecher zur Verfügung gestellt“ worden. Noch weise die Arbeit der FDJ jedoch „Mängel und Schwächen“ auf, herrsche „noch hier und dort ein gewisser Befehlston“, den die Jugendorganisation „in der weiteren Entwicklung restlos überwinden“ müsse.

An die Adresse jener, die dem Einheitsjugendkonzept skeptisch gegenüberstanden, erklärte der Jugendführer: „Wir haben den Beweis erbracht, dass eine überparteiliche demokratische Organisation möglich ist [...]. Ich glaube auch, dass unsere Organisation breit genug ist, um den einzelnen Interessen der Jugendlichen weitestgehend Spielraum lassen zu können. Daher haben wir im Interesse der weiteren Entwicklung auch die Verpflichtung, den überparteilichen Charakter unserer Organisation wie unseren eigenen Augapfel zu hüten.“

Doch die Aufbruchstimmung und Harmonie der Veranstaltung drohte schweren Schaden zu erleiden. Christliche Delegierte waren zufällig Zeuge einer Auseinandersetzung zwischen hochrangigen kommunistischen Jugendfunktionären geworden. Dabei hatte sich der FDJ-Landesleiter aus Sachsen-Anhalt gegen die vereinbarten kirchlichen Verbindungsstellen in den FDJ-Leitungen ausgesprochen. Sein sächsischer Kollege wiegelte die Befürchtung ab, man würde den Kirchen zu viel Einfluss einräumen: „Wir werden“, so sagte er, „den Kirchen im Gegenteil täglich 10 Nackenschläge geben, bis sie am Boden liegen, und wenn wir sie wieder brauchen, streicheln wir sie ein wenig, bis die Wunden geheilt sind. Dann schicken sie wieder ein Rundschreiben raus, welches uns Mitglieder einbringt und dann schlagen wir ihnen wieder in den Nacken, bis sie am Boden liegen. So machen wir es bei uns in Sachsen“. Erbost drohten die Kirchenvertreter, das Parlament zu verlassen. Ein Eklat, von dem sich die FDJ zu diesem Zeitpunkt wohl kaum hätte erholen können. Nur die Intervention eines Vertreters der sowjetischen Besatzungsmacht verhinderte die demonstrative Abreise. Er versicherte, dass Vertreter dieser Auffassung aus der FDJ ausgeschlossen werden würden. Und so verabschiedeten die Delegierten einmütig die „Grundrechte der jungen Generation“ sowie die „Grundsätze und Ziele“ des Jugendverbandes, wählten zunächst

den Zentralrat als höchstes Gremium zwischen den Parlamenten und schließlich den bisherigen Vorsitzenden des zentralen Jugendausschusses unter „stürmischem minutenlangem Beifall“ zum Vorsitzenden der Freien Deutschen Jugend. Unter Hochrufen und Gesang konnte der erste Vorsitzende des Einheitsjugendverbandes, der 33jährige Saarländer Erich Honecker, das erste Parlament für beendet erklären.

Kommunistische Exilplanungen

Gegen alle Vorbehalte der bürgerlichen Demokraten sowie der Kirchen war es den kommunistischen Parteistrategen – von den Sowjets massiv unterstützt – gelungen, die FDJ als Monopolorganisation der – ostdeutschen – Jugend durchzusetzen. Indes war die FDJ an der SED-Basis alles andere als unumstritten. So mancher Veteran der alten KPD aber auch der Sozialdemokratie vermochte den Verzicht der Parteiführung auf eine eigene Jugendorganisation nicht nachzuvollziehen. Viele Kommunisten verstanden die Bündnispolitik der SED-Führung nicht. Wieso, so fragten sie im kleinen Kreis, wieso nutzte man nicht die Anwesenheit der Roten Armee im Lande um endlich mit Sowjetdeutschland ernst zu machen. So wenig ihnen die Rücksichtnahmen im Parteienblock auf die Bürgerlichen und in der eigenen Partei auf die Sozialdemokraten gefielen, so wenig akzeptierten sie den Verzicht auf einen kommunistischen Jugendverband, in dem sie selbst ihre ersten politischen Sporen verdient hatten und der für die Erziehung des Parteinachwuchses unverzichtbar erschien. Mit der letzteren Überlegung stimmten sie mit vielen Sozialdemokraten überein, die vor 1933 über massenwirksame Jugendorganisationen verfügten. Mit der sich überparteilich gebenden FDJ wussten sie nichts anzufangen. Mancherorts begannen SED-Grundorganisationen daraufhin, eigene Parteijugendgruppen aufzubauen. Andernorts sorgten Veteranen der Arbeiterjugendbewegung dafür, dass die örtliche FDJ im alten Geist der kommunistischen Bewegung marschierte. Und schließlich verzeichnete die SED-Führung mit Sorge, dass andere SED-Ortsverbände die Jugendarbeit gänzlich ignorierten.

Von diesen Vorbehalten waren auch junge SED-Mitglieder beeinflusst, die sich oft radikaler gaben als ihre politischen Ziehväter. So finden sich in internen Unterlagen stets Klagen, dass viele junge SED-Mitglieder nicht zum FDJ-Beitritt zu bewegen waren.

An dieser Stelle drängt sich die Frage auf, wieso und von wem genau die FDJ-Gründung überhaupt forciert und durchgesetzt wurde? Hier ist ein Punkt erreicht, da der Historiker in seiner Rückschau über ungleich mehr Wissen verfügt, als die damaligen Akteure. Sicher werden sich Politiker aller Parteien nach 1945 daran erinnern haben, dass der Kommunistische Jugendverband Deutschlands (KJVD) im politischen Leben der Weimarer Republik ein Sektendasein geführt hatte. Doch wer hatte im Verlauf des ersten Friedensjahres die Gelegenheit gehabt, präzisere Informationen über die politischen Kurswechsel der Exil-KPD zwischen 1933 und 1945 zu erlangen, die den Hintergrund für ihre Nachkriegspolitik bildeten? Der VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale, der für alle kommunistischen Parteien einen programmatischen Wendepunkt dargestellt hatte, lag 1946 bereits 11 Jahre zurück. Angesichts des Siegeszuges des Faschismus und Nationalsozialismus in Europa hatten die Kommunisten damals ihr verhängnisvolles Dogma vom „Hauptfeind Sozialdemokratie“ offiziell zu Gunsten einer Einheits- und Volksfrontpolitik aufgegeben. Plötzlich erschien die bürgerliche Demokratie, die man in Deutschland gelegentlich auch Seit an Seit mit den Nazis bekämpft hatte, als bewahrenswert. Im Bündnis mit bürgerlichen Demokraten hatten die Kommunisten gehofft, dem Faschismus Einhalt gebieten und die eigene politische Isolation überwinden zu können. Die KPD-Exilführung musste damals einräumen, dass es der Hitlerjugend weit besser als dem KJVD gelungen wäre, die Jugend in ihren Bann zu ziehen. Im Einklang mit der neuen Kominternlinie setzte man fortan die Hoffnungen auf eine „einheitliche Arbeiterjugendorganisation“, die Distanz zur KPD wahren sollte. Auf einer weiteren Strategiekonferenz, kurz vor Kriegsausbruch, hatte die Exil-KPD ihr Bündnisangebot auch auf junge bürgerliche Antifaschisten ausgeweitet. Im Gefolge dieser neuen jugendpolitischen Linie war es im deutschen Exil zu einer Zusammenarbeit von kommunistischen und sozialdemokratischen Jugendfunktionären gekommen. Im Mai

1938 hatten junge Emigranten aus unterschiedlichen politischen Lagern in Prag die „Freie Deutsche Jugend“ gegründet, die nach dem Einmarsch der Deutschen in Großbritannien weiter existierte. Dort konnte die FDJ zeitweilig rund 600 deutsche Flüchtlinge organisieren. Einfluss auf die Entwicklung der Jugendarbeit in der SBZ sollte die Emigrantenorganisation jedoch nicht gewinnen. Im letzten Kriegsjahr, als die Nachkriegsplanungen der Exil-KPD auf Hochtouren liefen, präzisierte der KPD-Vorsitzende Wilhelm Pieck: „Schaffung einer einheitlichen antifaschistischen, antimilitaristischen, antiimperialistischen Organisation der Jugend zur Erfassung u. Vereinigung der fortschrittlichen Jugend nicht auf parteimäßiger Grundlage, sondern eine breite, außerparteiliche Massenorganisation.“ Und im Februar 1945 hatte es in einem Dokument schließlich noch einmal explizit geheißen, dass man keinen KJVD schaffen würde.

Engagement an der Basis

Ist die FDJ-Gründung somit in erster Linie als eine Erfolgsgeschichte der aus dem Moskauer Exil heimgekehrten KPD-Führung zu erzählen, der es binnen kürzester Frist gelungen war, ihre jugendpolitischen Strategien durchzusetzen? Sicher ist, dass es ohne die Zielstrebigkeit der kommunistischen Remigranten und die massive Unterstützung durch die sowjetische Besatzungsmacht im Frühjahr 1946 keine Gründung der FDJ als Monopoljugendorganisation gegeben hätte. Trotzdem wäre es verfehlt, die Jugendorganisation von Beginn an als eine offenkundig kommunistische Nachwuchsorganisation zu betrachten. Wohl war es der KPD/SED-Führung gelungen, deren Monopolanspruch durchzusetzen und die wichtigsten Leitungsposten mit eigenen Anhängern zu besetzen. Dieser Erfolg stand jedoch auf tönernen Füßen. Das FDJ-Konzept stieß in allen politischen Lagern – selbst im eigenen – auf Distanz, wenn nicht auf Ablehnung. Der überparteiliche Charakter der Jugendorganisation, der bis einschließlich 1947 hervorgehoben und nach außen gepflegt wurde, schränkte die Möglichkeiten ein, die FDJ für die eigenen Belange einzuset-

zen. Die – nach eigenen Angaben – rund 400.000 jungen Menschen, die bis Ende 1946 der FDJ beigetreten waren, taten dies keineswegs nur mangels anderer Alternativen, aus politischem Opportunismus oder gar sozialistischer Überzeugung. Weit reichende soziale Forderungen, die in den „Grundrechten der jungen Generation“ formuliert wurden, der zukunftsbejahende Optimismus der jungen Organisation, ihre Symbole und Aussagen trafen damals für nicht wenige Jugendlichen den Nerv der Zeit. Die eigentliche FDJ-Arbeit geschah an der Basis, in den Städten und Gemeinden. Sie hatte mit der großen Politik, die in Berlin oder in den Landeshauptstädten formuliert wurde, wenig zu tun. Ob sich in einem Stadtteil, in einer Kleinstadt oder in einem Dorf eine rege FDJ-Arbeit entwickelte, hing zuvorderst von den lokalen Initiatoren ab. Verfügten diese über Rückhalt unter den Altersgenossen sowie Organisationstalent und konnten sie zudem auf die Unterstützung der lokalen Verwaltung, der SED und/oder des sowjetischen Militärkommandanten zählen, dann stand einem aktiven „Jugendleben“ nichts im Weg. Mit Elan gingen die Jugendlichen daran, eigene Jugendklubs aufzubauen. Geschah dies in Gebäuden, die bis 1945 von nationalsozialistischen Organisationen oder Funktionären genutzt worden waren, wurde der vielbeschworene antifaschistische Neuanfang für viele Jugendlichen erlebbar. Man traf sich zu Ernte- oder Entrümmerungseinsätzen und noch viel lieber zu den Gruppentreffen und Veranstaltungen im eigenen Jugendklub oder im Nebenzimmer eines Vereinslokals. Natürlich wurde dort auch über Politik gesprochen, über die Zukunft Deutschlands, bald schon wieder über die Angst vor einem neuen Krieg. Hin und wieder kamen FDJ-Funktionäre aus der Kreis- oder Landesleitung, Veteranen der Arbeiterbewegung, die über den Widerstand gegen die Nazis berichteten. Man bereitete Vorträge und Wandzeitungen vor. Doch eine viel größere Rolle spielten die Tanzveranstaltungen, die sich zumeist an Vorträge anschlossen. Viele Jugendlichen lebten zu Hause unter beengten und widrigen Bedingungen, waren ausgebombt worden oder hatten Flüchtlingsfamilien in die Wohnung aufnehmen müssen. Im Winter waren die Kohlen knapp, man fror. Hunger war allgegenwärtig. In vielen Familien herrschte stumme Verzweiflung: Väter waren – noch (?) – nicht aus dem Krieg heim-

gekehrt oder mussten mit ihren Kriegserlebnissen fertig werden. Mütter lebten an der Grenze ihrer Belastbarkeit, Verzweiflung und Depression hatten sich nicht selten breit gemacht. Und so verbrachten vielerorts Jugendliche Wochenende für Wochenende ihre Abende im FDJ-Klubraum. Selbst wenn auch dort die Kohlen fehlten, war man wenigstens mit Gleichgesinnten unter sich, konnte reden, tanzen, trinken und so manche erste große Liebe fand dort ihren Anfang. Die aktive Mitarbeit in der FDJ öffnete vielen den Zugang zu völlig neuen Erfahrungen und Entwicklungschancen. Auf allen Ebenen herrschte Funktionsmangel. Der Wahl zum FDJ-Gruppenleiter konnte rasch ein Kreis- oder gar Landesdelegiertenmandat nachfolgen. Man organisierte die Freizeitaktivitäten der eigenen Gruppe, hatte eigenverantwortlich mit der örtlichen Verwaltung, den Parteien oder der sowjetischen Militärverwaltung zu verhandeln, wurde z.T. für mehrere Wochen oder gar Monate auf Verbandsschulen entsandt. Dort referierten hohe Funktionäre – anfangs – aller Parteien über ihr Programm. In der SED vereinte Sozialdemokraten und Kommunisten erklärten die Wurzeln des Faschismus, berichteten vom Kampf der Arbeiterklasse um soziale Gerechtigkeit. Die Dynamik und Überzeugungskraft der sozialistischen Idee ließ vielen den Beitritt zur SED bald folgerichtig erscheinen. Das Engagement in der Jugendorganisation bot zudem ungeahnte Berufschancen. Die Entnazifizierung und der Aufbau von Verwaltung, der Planwirtschaft, der Polizei etc. erforderten eine Vielzahl neuer Kräfte, die die SED mehr und mehr aus der FDJ rekrutierte. Und so kann es wenig verwundern, wenn heute viele ältere Menschen in Ostdeutschland mit leuchtenden Augen von ihrer FDJ-Zeit erzählen. Von einer Zeit, in der zugleich Kurs auf eine neue Diktatur genommen wurde, an deren Aufbau auch die FDJ beteiligt – worden – war.

1948-1953 Die Stalinisierung der FDJ

Trotz aller Bekenntnisse zur Überparteilichkeit sorgten FDJ-Funktionäre mit SED-Parteibuch von Beginn an für eine Ausrichtung der Jugendorganisation an den Interessen

der Einheitspartei. Auf allen Leitungsebenen waren Partei und Jugendverband personell verknüpft. Anfangs bemühte man sich noch, dies zu verbergen. Bei den Landtags- und Kommunalwahlen im Herbst 1946 rief die FDJ lediglich dazu auf, die Partei zu wählen, die sich am entschiedensten für die Ziele der Jugendorganisation einsetzt. Welches FDJ-Mitglied konnte zu diesem Zeitpunkt wissen, dass die FDJ-Programmatik zuvor in der SED-Führung beschlossen worden war? Diese Zurückhaltung sollte nicht lange anhalten. Als das „Parlament der FDJ“ Ende Mai 1952 zum vierten Mal zusammentrat, war im öffentlichen Auftreten der Jugendorganisation nichts mehr von deren Anfängen zu spüren. Unter dem „stürmischen Beifall“ und den „lebhaften Hochrufen“ von über 2500 Delegierten und Gästen eröffnete Erich Honecker den Verbandstag. Die Stimmung der einheitlich im blauen Hemd gekleideten Jugendfunktionäre in der mit Fahnen und Losungen geschmückten Leipziger Messehalle vermittelt das Protokoll der Konferenz. Nach dem von Erich Honecker vorgetragene Rechenschaftsbericht überbrachte am Nachmittag der zweite Sekretär des sowjetischen Jugendverbandes Komsomol ein Grußwort seines Jugendverbandes. Am Ende seiner Rede rief er den Delegierten zu: „Es lebe der Führer des deutschen Volkes, Wilhelm Pieck! Ruhm dem großen Führer der Werktätigen, dem heiß geliebten Genossen Stalin!“ Brach das Auditorium bereits bei der Erwähnung Piecks in „stürmischen, lang anhaltenden Beifall“ aus, so gab es bei der Nennung Stalins kein Halten mehr: „Nach den letzten Worten des zweiten Sekretärs des Zentralkomitees des Komsomol, Scheljepin, durchbrauste stürmischer Beifall den großen Tagungsraum“, so vermerkte das Protokoll. „Im Chor wurden Bravo- und Hurrarufe ausgebracht. Minutenlang und begeistert riefen die Delegierten unter rhythmischem Klatschen: Stalin! – Pieck! – Stalin! – Pieck! Als ein rotes Banner des ruhmreichen Lenin-Stalinschen Komsomol vor das Rednerpult gebracht wird, schwillt der tosende Beifall zu einem mächtigen Orkan an. Die große Halle, in der die Kampfberatung der deutschen Jugend stattfindet, ist minutenlang von stürmischem Jubel und Beifallklatschen erfüllt.“ Am Nachmittag des dritten Tages stellten die Regisseure des Politspektakels im Anschluss an die Rede des SED-Generalsekretärs

Ulbricht ihr Können erneut unter Beweis. Ulbricht hatte die Stimmung unter den Delegierten nach Kräften angeheizt. Er griff die Adenauer-Regierung wegen der zwei Tage zuvor erfolgten Unterzeichnung des „Generalkriegsvertrages“ – so lautete die Bezeichnung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft in der SED-Propaganda – scharf an und sprach „den Wunsch aus, dass aus der Freien Deutschen Jugend recht viele Jugendliche hervorgehen, die die Auszeichnung als tüchtige Scharfschützen erhalten werden.“ Als die Delegierten auf Anweisung der Regie Louis Fürnbergs Lied „Die Partei, die Partei, die hat immer Recht“ sangen, richtete sich ein riesiger Scheinwerfer auf den Eingang des Saales. „Im Schein der Strahlenbündel marschierten festen Schrittes Einheiten der Volkspolizei und der Deutschen Seepolizei in die Tagungshalle. ‘Es lebe unsere Volkspolizei!’ hallte es immer wieder durch den Raum. Im Karree nehmen sie vor dem Präsidium Aufstellung, die entschlossenen Gesichter den 2500 Delegierten zugewandt“, so schilderte es anderentags das Zentralorgan der FDJ, die „Junge Welt“. Unterbrochen von Sprechchören und Beifallsjubel versicherte ein Polizeioffizier, die „Republik mit der Waffe in der Hand unter Einsatz unseres Lebens zu verteidigen“, und übergab der FDJ hundert Kleinkalibergewehre. Die Jugendlichen skandierten: „Vorwärts, vorwärts, zurück nicht einen Schritt, die Verteidigung der Heimat ist unsere höchste Pflicht!“ „Spontan“ beantragte der 1. Sekretär der FDJ-Sachsen-Anhalts daraufhin unter „nicht enden wollenden Beifallstürmen“ die „Übernahme der Patenschaft über die Deutsche Volkspolizei durch die Freie Deutsche Jugend“, was die Delegierten per Akklamation sofort beschlossen. Als das Parlament am Abend des 30. Mai in Leipzig zu Ende ging, konnten die Organisatoren mit dem Verlauf mehr als zufrieden sein. Erich Honecker war einstimmig zum Vorsitzenden der FDJ wiedergewählt worden und die Delegierten hatten programmgemäß die Abänderung der erst 1949 neu gefassten Verfassung des Jugendverbandes verabschiedet. In ihr bekräftigte die FDJ, sie gehöre ins „Lager des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus, an dessen Spitze die große Sozialistische Sowjetunion steht“ und anerkenne „die führende Rolle der Arbeiterklasse und der großen Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“.

Der Weg in die Diktatur

So kurz der Zeitraum war, in dem die FDJ zu einer Massenorganisation der SED umgeformt wurde, so viel ist in diesen Jahren geschehen. Als im Sommer 1947 der Konflikt zwischen den einstigen Alliierten des Westens und der Sowjetunion an Schärfe gewann und beide Seiten daran gingen, ihren Machtbereich zu festigen, hatte dies auch für Deutschland unmittelbare Auswirkungen. Mitten durch Deutschland begannen sich die Konturen jenes Eisernen Vorhangs immer deutlicher abzuzeichnen, den Winston Churchill bereits bald nach Kriegsende quer durch Europa hatte niedergehen sehen. Bald sollten in beiden Teilen Deutschlands Bestrebungen unübersehbar werden, die auf eine zumindest provisorische Zweistaatlichkeit wiesen. Dennoch unterschieden sich die politischen Akteure in West- und Ostdeutschland in dieser Frage mindestens in einer Hinsicht grundsätzlich: Im Westen verlief diese Entwicklung weitgehend im Einklang mit der Bevölkerung, die sich bei freien Wahlen im demokratischen Meinungsstreit Gehör verschaffen konnte. Demgegenüber war die SED im Osten zwei Jahre nach Kriegsende ohne zu zögern bereit, den demokratischen Neuanfang von 1945 dem eigenen Herrschaftsanspruch zu opfern, nachdem deutlich geworden war, dass ihre Vorstellung vom Sozialismus auf demokratischem Wege nicht mehrheitsfähig war. Im Zentrum ihrer Politik stand die Einführung der Planwirtschaft nach sowjetischem Vorbild im Jahre 1948. Angesichts der kriegs- und teilungsbedingten Wirtschaftsprobleme sowie anhaltender Reparationszahlungen an die Sowjetunion sahen die Wirtschaftspläne ehrgeizige Produktionssteigerungen und den Aufbau einer dringend benötigten Schwerindustrie vor. Diese waren jedoch nur durch Mehrarbeit der Arbeiter zu erreichen. Da es an materiellen Anreizen in der Mangelgesellschaft der Nachkriegszeit fehlte, sollte eine Massenmobilisierung durch die Medien sowie durch das gesamte Organisationengefüge erfolgen. Wollte die FDJ bis dato jugendliche Interessen in der Gegenwart vertreten, sollte sie nunmehr – mit dem Versprechen eines besseren Lebens

in der Zukunft – für die Planerfüllung in den Betrieben kämpfen. Die FDJ verlagerte ihre Jugendarbeit von den Wohngebieten in die Betriebsgruppen, die bis dahin ein Schattendasein geführt hatten. Immer mehr Symbole und Kampagnen wurden aus der Sowjetunion importiert: die Aktivistenbewegung, Orden und Abzeichen oder die zentralen Jugendobjekte. Dies waren prestigeträchtige Bauprojekte, die mit Jugendbrigaden verwirklicht wurden. Gleichzeitig hielt der Stalinkult Einzug in den Jugendverband. Begonnen hatte dies alles mit der Reise der ersten FDJ-Delegation im Sommer 1947 in die Sowjetunion. Nach diesem „Friedensflug nach Osten“ gehörte es bald zu den Ritualen des Jugendverbandes, Stalin in Ehrenpräsidien bei FDJ-Versammlungen zu wählen, seinen Geburtstag feierlich zu begehen und den Komsomol als Vorbild zu propagieren. Mit der Gründung der Jungen Pioniere Ende 1948 verfügte die FDJ über eine eigene Kinderorganisation, die an den Schulen verankert wurde und dafür sorgte, dass eine wachsende Zahl von 14-jährigen automatisch von den Pionieren zur FDJ wechselte.

Mit der zunehmenden Indienstnahme der FDJ für die Interessen der SED verlor die Jugendorganisation jedoch zugleich an Attraktivität und Überzeugungskraft. Bis 1948 wuchs die Zahl der Jugendlichen, die sich den damals noch geduldeten Jugendgruppen der CDU und LDP zuwandten. Auch bei den Gewerkschaften hatte sich eine von der FDJ unabhängige Jugendarbeit entwickelt. An den Oberschulen und Universitäten führte die FDJ ein Schattendasein. Der Erfolg oder Misserfolg der FDJ gewann für die SED-Führung unmittelbare politische und ökonomische Bedeutung. Wer und was dem (Produktions)Fortschritt im Wege stand, wurde zum Feind. Und so vermag es nicht zu verwundern, dass zeitgleich mit dem Aufbau der Planwirtschaft, der Ausbau der Diktatur in der SBZ vonstatten ging, der keine Partei, keine Organisation und kaum einen Bereich der Gesellschaft verschonte. Die SED-Führung unterzog die eigene Partei einer Säuberung mit dem Ziel, abweichendes Gedankengut auszulöschen. Alle gesellschaftlichen Organisationen, also auch die FDJ, wurden weiter zentralisiert und im Sinne der SED ideologisiert. Gleichzeitig erfolgte eine Abgrenzung ihrer Aufgaben, in deren Gefolge das Organisationsmono-

pol der FDJ Wirklichkeit wurde. Vertreter der bürgerlichen Parteien, die den neuen politischen Kurs nicht mitzutragen bereit waren, wurden eingeschüchtert, von der SMAD zum Teil aus den Funktionen enthoben, nicht wenige verhaftet. Ende 1948 war der Transformationsprozess der FDJ weitgehend abgeschlossen. Offener Widerspruch war verstummt. Lediglich an den Universitäten und Hochschulen hatte die von jugendlichen Arbeitern geprägte Jugendorganisation trotz Unterstützung der SED nach wie vor aus eigener Kraft nicht Fuß fassen können. Und so bedurfte es des unverhüllten Terrors der sowjetischen Besatzungsmacht, die durch Verhaftungen und Todesurteile unter liberal- sowie christdemokratischen Studentenfunktionären ihr Verständnis eines „antifaschistisch-demokratischen“ Neuanfangs in aller Deutlichkeit dokumentierte.

Die FDJ im Stalinismus

Erst jetzt, als sich die FDJ nicht mehr im demokratischen Meinungsstreit behaupten musste, als ihr mit der Abschaffung der Schülermitverwaltung, mit der Zerschlagung demokratischer Hochschulgruppen, der Gründung der Pioniere, mit der Verantwortung für den Jugendsport und vielem mehr der Weg bereitet worden war, konnte die FDJ den Rückgang ihrer Mitglieder 1948 aufhalten und den Mitgliederstand offiziell auf fast eine Million Ende 1949 verdoppeln. Die Ausrichtung der wachsenden FDJ-Anhängerschaft an der SED erschien vielen zeitgenössischen Beobachtern absolut. Am 11. Oktober 1949 feierte die FDJ die vier Tage zuvor gegründete Deutsche Demokratische Republik mit einem Fackelzug und gelobte ihr im Namen der deutschen Jugend die Treue. Mit riesigen Großveranstaltungen wie dem Deutschlandtreffen der Jugend im Mai 1950 oder den Weltfestspielen 1951 demonstrierte der Jugendverband Stärke. Die Einführung des FDJ-Schulungsjahres im Januar 1950 sollte auch die Mitglieder massen politisch auf Linie bringen. Im Juli 1952 schien der Sozialismus im Osten Deutschlands aus Sicht der SED-Spitze in greifbare Nähe gerückt zu sein, glaubte diese doch auf ihrer 2. Parteikonferenz dessen planmäßigen Aufbau

beschließen zu können. Der Stalinismus erlebte in der DDR seinen Höhepunkt. Binnen kürzester Frist sollte eine Schwerindustrie aus dem Boden gestampft werden. Gleichzeitig hatte die Staats- und Parteiführung der DDR in Moskau die Order erhalten, eine eigene Armee aufzubauen. Beide Vorhaben belasteten die knappen wirtschaftlichen Ressourcen und konnten nur auf Kosten der Konsumgüterproduktion verwirklicht werden. Immer neue Produktionskampagnen spornten die Werktätigen zur Mehrarbeit an. Die Partei hoffte, die Leidenschaft und die Radikalität der Jugend für ihre Zwecke zu nutzen und so wurde die FDJ wieder einmal zur Speerspitze der politischen Propaganda. Im Sommer 1952 wurde von der FDJ der „Dienst für Deutschland“ gegründet, eine auf 100.000 Jugendliche ausgelegte paramilitärische Verfügungstruppe, die an den nationalsozialistischen Reichsarbeitsdienst erinnerte. Unter militärischen Verhältnissen sollte der „Dienst“ einerseits Kasernen und Truppenübungsplätze bauen, andererseits den Jugendlichen vormilitärische Zucht und Ordnung vermitteln. Das Experiment sollte bald darauf auf Grund organisatorischer Unzulänglichkeiten abgebrochen und fortan totgeschwiegen werden. Die FDJ blieb jedoch auch im 1. Halbjahr 1953 ein Ort politischer Militanz und Dogmatismus. Zum Jahreswechsel 1952/53 war deutlich geworden, dass der große Sprung zum Sozialismus nicht ohne weiteres zu bewerkstelligen war. Angesichts zunehmender Versorgungsmängel bei steigendem Arbeitsdruck wuchs der Unmut in der Bevölkerung. Wer sich im Westen eine bessere Zukunft versprach, kehrte seiner Heimat den Rücken. Die SED-Führung begann nach Sündenböcken für die politischen und ökonomischen Defizite zu suchen. Schauprozesse gegen „Saboteure“ und „Wirtschaftsverbrecher“, Säuberungswellen bis hinein in die führende Partei sollten die Menschen einschüchtern. Auch der FDJ war bei diesem von oben inszenierten Klassenkampf gegen die eigene Bevölkerung eine Aufgabe zugedacht worden. Trotz aller Propagandaaufmärsche drohte das „Jugendleben“ an der Basis einzuschlafen. Immer mehr Jugendliche wandten sich der kirchlichen „Jungen Gemeinde“ zu, der einzigen Möglichkeit zur autonomen Jugendarbeit neben der FDJ, die die Sowjets in der Nachkriegszeit zugelassen hatten. Verärgert beobachteten die FDJ-Funktionäre, dass die Junge

Gemeinde weit mehr tat, als junge Christen zur Konfirmation vorzubereiten und in der „Christenlehre“ zu unterrichten. Tatsächlich fand die eigentliche Jugendarbeit vielerorts längst unter dem Dach der Kirche statt. Hier fanden Jugendliche eine undogmatische Freizeitgestaltung und Kulturarbeit. Und so waren viele FDJ-Funktionäre im Frühjahr 1953 nur zu gern bereit, einen geheimen Plan des SED-Politbüros umzusetzen, dessen Ziel die – wörtlich – „Liquidierung“ der Jungen Gemeinde war und der Schauprozesse gegen besonders aktive junge Christen vorsah. In den Monaten März bis Mai wurde vor allem an den Oberschulen zur Hatz gegen Jugendliche aufgerufen, die von ihrem Bekenntnis zur Jungen Gemeinde nicht ablassen wollten. Hunderte Schüler wurden in aufgeheizten Schülerversammlungen von den Oberschulen relegiert. Dass es zu den geplanten Schauprozessen nicht mehr kam und die Kampagne Anfang Juni abrupt abgebrochen wurde, ergab sich nicht aus der plötzlichen Einsicht der SED-Führung.

Der Juni-Schock

Es war die sowjetische Parteiführung, die nach Stalins Tod erkannte, dass der von der SED verschärfte Klassenkampf in die Katastrophe führte. Bei einem Befehlsempfang in Moskau wurde der SED-Führung ein „Neuer Kurs“ angeordnet, mit dem die Partei am 9. Juni 1953 die gesellschaftliche Situation befrieden sollte. Die Partei räumte daraufhin pflichtschuldig öffentlich „eine Reihe von Fehlern“ ein. Die Kollektivierungspolitik auf dem Lande, der Kirchenkampf und manches andere mehr wurde eingestellt. Doch sie verabsäumte es, die letzte Erhöhung der Arbeitsnormen zurückzunehmen, die unter der Arbeiterschaft das Fass zum Überlaufen gebracht hatte. Und so wurde der Ausstand erbitterter Berliner Bauarbeiter, deren Protestmarsch von der Stalinallee durch die Innenstadt zum Gebäude des Ministerrates am 16. Juni zur Massendemonstration answoll, zum Auslöser republikweiter Demonstrationen gegen die SED-Herrschaft. Aus dem Aufbegehren der Arbeiter drohte ein Volksaufstand zu werden. Nur durch die Verhängung des Ausnahme-

zustandes und durch den Einsatz von Truppen gelang es der sowjetischen Besatzungsmacht, den Sturz der ungeliebten SED-Herrschaft zu verhindern. Der „stolze Millionenverband“ FDJ war von den Ereignissen nicht minder überrascht. Insbesondere Jugendliche hatten sich in großer Zahl den aufständischen Arbeitern angeschlossen. Die Schlagkraft der FDJ erwies sich als Trugbild. Von den mehr als 2 Millionen Mitgliedern, die der Jugendverband noch im Dezember 1952 gezählt haben wollte, sollten bis Herbst 1953 wenn überhaupt noch etwas mehr als eine Million Mitglieder übrig bleiben. Untersuchungskommissionen der SED und des sowjetischen Komsomol attestierte den Jugendfunktionären im 2. Halbjahr 1953 Selbstzufriedenheit. Man habe sich an den „phrasenhaften Losungen“ berauscht und die Berichte über die organisatorischen Erfolge schöngefärbt. „Für die Mehrzahl der Jugendlichen in der Deutschen Demokratischen Republik ist die Zugehörigkeit zur Freien Deutschen Jugend keine Herzensangelegenheit“ hieß es in einem geheimen SED-Bericht. Die Schwächen und Fehler der FDJ stellten die SED-Jugendpolitiker vor ein unlösbares Problem. Sie waren Ausdruck der Doppeldeutigkeit der FDJ, die zeit ihrer Existenz unter den gegensätzlichen Interessen von Partei und Jugend litt.

Es war die Partei, die Anfang der Fünfzigerjahre ihren Kaderbedarf oft rücksichtslos aus den Reihen der FDJ stillte und dabei in Kauf nahm, dass die Jugendarbeit auf lokaler Ebene vielfach zum Erliegen kam. Der kritisierte kampagnenhafte Charakter der FDJ-Arbeit entsprach letztlich der Politik der SED mit ihren abrupten Kurskorrekturen. Einerseits hatte es die FDJ zur Aufgabe eines jeden Mitglieds erklären müssen, „das Wesen und die Gesetze des Aufbaus des Sozialismus zu studieren“, andererseits beklagte die SED ein unterentwickeltes „frohes Jugendleben“. Die Partei konnte den Widerspruch nicht auflösen. In dem Maße, in dem sie die Verbandsarbeit ihrer Politik unterordnete und dies auf Kosten jugendspezifischer Interessen geschah, schwanden die Motive für den Verbleib bzw. den Beitritt zur FDJ. Umgekehrt lief eine an den Jugendinteressen ausgerichtete Verbandsarbeit den Erwartungen der SED zuwider. Die heftige Kritik an der FDJ sollte jedoch zunächst ohne nennenswerte Konsequenzen bleiben. Wohl mangelte es fortan nicht an Appellen der

Partei- und Jugendführer, das „frohe Jugendleben“ fröhlicher und die Jugendarbeit jugendgemäßer zu gestalten. Doch weder die Verankerung der FDJ als „aktiver Helfer der Partei“ im Statut der SED, noch Rekrutierungskampagnen für die Kasernierte Volkspolizei dürften dem Image des Jugendverbandes zuträglich gewesen sein. Die widersprüchliche Jugendpolitik spiegelte das politische Gefüge der DDR wider: Zuckerbrot und Peitsche hieß die Devise. Die Bevölkerung sollte durch bessere Konsummöglichkeiten und geringeren ideologischen Druck befriedet werden. Gleichzeitig betrieb die SED-Führung die weitere Einbindung der DDR in den Ostblock und die Festigung der eigenen Macht. Politische Gegner wurden weiterhin erbittert verfolgt.

Nachdem die Flüchtlingszahlen im ersten Jahr nach dem Neuen Kurs zurückgegangen waren, erreichte die Zahl derer, die ihrem Land für immer den Rücken kehrten, 1955 wieder Werte von vor dem Juni-Aufstand. Mit 40 Prozent stellten Jugendliche unter 25 Jahren dabei einen für die SED Besorgnis erregend hohen Anteil.

1954-1961 Revolutionäre Avantgarde oder Freizeitverband?

Im Verlauf des Jahres 1955 reifte innerhalb der SED-Führung die Einsicht, dass mit der bloßen Intensivierung überkommener Propagandaformen der Massenflucht kein Einhalt zu gebieten war. Es war die Zeit des politischen „Tauwetters“, das damals im gesamten Ostblock Hoffnungen auf umfassende Reformen geweckt hatte. Mit dem XX. Parteitag der KPdSU fand dies im Februar 1956 einen ersten Höhepunkt. Das Tauwetter bereitete den Boden für den Versuch, die FDJ-Arbeit zu reformieren. Den Ausgangspunkt dafür bildete das 25. Plenum des SED-Zentralkomitees im Oktober 1955. Geradezu hämisch rechneten die Parteiführer dort mit der eigenen Jugendorganisation ab. Die FDJ habe sich von der Jugend isoliert, sei zu einem bürokratischen Koloss angewachsen, dessen Arbeit man grundsätzlich überdenken müsse, lauteten die Vorhaltungen. In der Diskussion spielten Fragen der ideologischen Erziehung der Jugendlichen oder der Wehrpropaganda keine

Rolle. Offensichtlich war man sich in der Parteiführung zu diesem Zeitpunkt darüber einig, dass es zunächst darum gehen müsste, die Jugend überhaupt davon abzuhalten, in Scharen nach Westdeutschland zu gehen.

Reformversuche

Im Februar 1956 veröffentlichte die FDJ einen Aufruf „An euch alle, die ihr jung seid“, der eine Abkehr vom bisherigen dogmatischen Kurs verhiess. Plötzlich räumte man ein, dass weite Teile der Jugend noch abseits stünden, übte Selbstkritik am Sektierertum der eigenen Funktionäre. Endlich schienen die Interessen der Jugendlichen in den Mittelpunkt der Verbandsarbeit zu rücken. Auf „Jugendforen“ sollten Vertreter der FDJ, der Regierung und Partei eine offene Aussprache führen. Der FDJ-Zentralrat rief zur Gründung von Interessengemeinschaften, Chören, Laienspiel- und Tanzgruppen auf. In den Wohngebieten und Jugendwohnheimen sollten autonome Jugendausschüsse Freizeitangebote für Jugendliche entwickeln, die nicht der FDJ angehörten. Selbst die bestehenden Schrebergärten-, Angler- und Tierzuchtvereine wurden dazu angehalten, Jugendgruppen zu bilden. Zehn Jahre nach Gründung der FDJ kamen diese Forderungen dem Eingeständnis gleich, dass das Prinzip der Einheitsjugendorganisation gescheitert war. Dies hinderte das SED-Politbüro jedoch nicht daran, zeitgleich eine jugendpolitische Entschliebung zu veröffentlichen, die den „neuen sozialistischen Menschen“, die „Freundschaft und Liebe“ zur Sowjetunion, den „Hass gegen die Feinde“ und die „grenzenlose Ergebenheit und unerschütterliche Treue“ zur DDR und SED forderte. Die neue Zentralratslinie überforderte den eigenen Verband. Kurzfristige Kampagnen zur Produktionssteigerung ließen sich durch materielle Anreize verwirklichen. Massenkundgebungen in Berlin mochten auf Jugendliche aus der Provinz aus mancherlei Gründen einen Reiz ausüben. Doch wie sollte in den Wohngebieten ein „frohes Jugendleben“ organisiert werden? Seit Ende der Vierzigerjahre hatte die FDJ ihren Arbeitsschwerpunkt in die Betriebe verlegt und dabei rasch den Kontakt zur Ju-

gend in deren Wohnumfeld verloren. So ging die Gründung von Jugendausschüssen nur schleppend voran. Da ließen sich die vom Zentralrat geforderten Jugendforen schon leichter verwirklichen. Vielerorts, in Betrieben und Wohngebieten, auf der Ebene ganzer Städte, initiierte der Jugendverband Aussprachen, die innerhalb der Jugend auf große Resonanz stießen. Hier bot sich endlich die Gelegenheit, über Missstände zu diskutieren, die SED-Politik öffentlich zu hinterfragen, ohne Sanktionen befürchten zu müssen. Vielfach wurden die Aussprachen zu einem Tribunal, auf dem die Vertreter von Staat, Partei und Jugendverband von den Fragen des Publikums in die Enge getrieben wurden. Was als Ventil mit erzieherischer Wirkung gedacht war, entwickelte sich zu einem Dammbbruch. Die seit Jahren unterdrückte Meinungsfreiheit suchte sich ihr Recht. Bereits im Sommer 1956 entschloss sich die FDJ-Führung, die von ihr geöffnete Büchse der Pandora wieder zu schließen. Die Hoffnung der FDJ-Führung, die Jugend würde sich voller Dankbarkeit für das von oben formulierte Reformkonzept unter die Fittiche der Monopoljugendorganisation begeben, erfüllte sich nicht. Die vom XX. Parteitag ausgelösten Diskussionen über die Verbrechen Stalins stellten im ganzen Ostblock die Macht der Moskauer Marionetten in Frage. In Ungarn und Polen lösten Reformkommunisten die alte stalinistische Führungsgarde ab. In der DDR bemühte sich die Ulbricht-Riege, die Entstalinisierung abzubremesen, drohte sie doch die eigene Position in Frage zu stellen. Lapidar erklärte Walter Ulbricht, Stalin sei kein „Klassiker“ des Marxismus mehr und gedachte zur Tagesordnung überzugehen. Die Stimmen in der DDR mehrten sich, die Kritik an der Herrschaftspraxis Ulbrichts und der SED übten. Auch viele junge SED-Genossen, deren Weltbild durch die Abkehr von Stalin und die Bekanntgabe seiner Verbrechen erschüttert worden war, gerieten in Widerspruch zur eigenen Führung.

Die FDJ wurde von den Jugendlichen als Teil des Systems identifiziert. An den Universitäten und Hochschulen, die sich zu einem Zentrum der Opposition entwickelten, wurde die Forderung nach Gründung eines unabhängigen Studentenverbandes laut.

Neue Eiszeit

Die Niederschlagung des Aufstandes in Ungarn durch sowjetische Truppen im Herbst 1956 gab den reformfeindlichen Kräften im ganzen Ostblock Auftrieb. Die Hardliner in der SED-Führung um Walter Ulbricht sahen nun die Möglichkeit, ihre ins Wanken geratene Position wieder zu festigen. Die Verhaftung einer oppositionellen Gruppe um Wolfgang Harich und Walter Janka, deren Mitglieder zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt wurden, signalisierte zum Jahreswechsel 1956/57 das Ende der Tauwetterperiode. Damit endeten zugleich auch sämtliche Reformansätze des Einheitsjugendverbandes, die längst kaum mehr als Lippenbekenntnisse gewesen waren. Im Frühjahr 1957 erklärte die FDJ vollmundig, „die überwiegende Mehrheit der Jugend bejaht die Arbeiter-und-Bauernmacht“ und erklärte sich formell zur „sozialistischen Jugendorganisation der Deutschen Demokratischen Republik“. Der drei Jahre zuvor an die Stelle Erich Honeckers getretene FDJ-Vorsitzende Karl Namokel verwahrte sich gegen den Versuch, die FDJ „in einen unpolitischen Verein, einen spießbürgerlichen Jugendklub oder eine soziale Fürsorgeanstalt für die Jugend“ zu verwandeln. Die Verbandsführung präsentierte den Jugendlichen ihr Idealbild eines jungen DDR-Bürgers: „Ein junger Erbauer des Sozialismus, ein bewusster Bürger unseres Staates zeichnet sich durch Treue zur Sache der Republik, zur Sache der Arbeiterklasse und des Sozialismus aus. Er bringt seine eigenen Interessen mit denen des sozialistischen Aufbaus in Einklang. Er ist bereit, durch den Ehrendienst in der Nationalen Volksarmee und in anderen bewaffneten Organen unsere Arbeiter-und-Bauern-Macht schützen zu helfen. Er wahrt vorbildliche Arbeitsdisziplin, stärkt seine Gesundheit und Kraft durch Sport und Körperkultur, ist ehrlich, bescheiden und moralisch sauber im persönlichen Leben, gegenüber den Arbeitskollegen, seinen Eltern, dem anderen Geschlecht und der Familie. Er erweist den erfahrenen klassenbewussten Arbeitern Achtung, ist politisch interessiert und ergreift Partei für alles, was dem Sozialismus, unserer Republik und dem ganzen deutschen Volke dient.“ Nicht zum ersten und nicht zum letzten Mal ergingen

sich FDJ und führende Partei in realitätsfremden Selbstbetrug. Die FDJ war weit davon entfernt, auf größere Teile der Jugend einen spürbaren Einfluss auszuüben. Nach dem Elan der Anfangsjahre erzielte die FDJ nur mehr unter jenen Jugendlichen größere organisatorische Erfolge, die Nachteile befürchten mussten, wenn sie sich dem Werben des Jugendverbandes verweigerten: Oberschüler, Studenten, Auszubildende und Angestellte der öffentlichen Verwaltung, Angehörige der Polizei oder der Armee. Die meisten jugendlichen Arbeiter oder junge Landarbeiter, auf die in der politischen Propaganda besonderer Wert gelegt wurde, konnten indes den permanenten Produktionsaufrufen wenig abgewinnen. Der geringe Rückhalt der FDJ innerhalb der Arbeiterjugend war für die Verbandsführung ein besonders peinliches Kapitel. Schließlich wollte man gerade in der Arbeitswelt die Überlegenheit des Sozialismus gegenüber dem vermeintlich zum Untergang verurteilten Kapitalismus beweisen. Mit hohem Aufwand organisierte die FDJ Arbeiterjugendkonferenzen. In den Betrieben sollten Jugendbrigaden und die Aktivistenbewegung die Jugendlichen zu höherer Arbeitsproduktivität motivieren. Die Ende der Fünfzigerjahre etablierte „Messe der Meister von Morgen“ rief zu Rationalisierungsanstrengungen auf. Die dabei erwirtschafteten Mittel wurden zum Teil auf das „Konto junger Sozialisten“ einbezahlt. Zahlreiche Kampagnen wie „Blitz kontra Wattfraß“ sollten Energie- oder Materialeinsparungen bewirken. Und schließlich waren da die vielen Jugendobjekte, die in Abstimmung mit der Staatlichen Plankommission dem Jugendverband übertragen wurden. Junge Arbeiter waren maßgeblich am Bau der Erdölpipeline und des Erdölverarbeitungswerks Schwedt/Oder beteiligt. In Rostock bauten sie die Hafenterrasse, in Ostberlin den Flughafen Schönefeld. Ende der Fünfzigerjahre gab es rund 700 größere und kleinere Projekte, die der Jugendorganisation übertragen worden waren. Fast täglich konnte man in der gleichförmigen Presse der DDR über Produktionserfolge lesen. Doch über die alltäglichen Versorgungsengpässe täuschte die Propaganda nicht hinweg. Und dennoch wäre die Annahme verfehlt, dass diese Kampagnen ohne Wirkung geblieben wären. Sie vermittelten jenen, die sich darauf einließen, Selbstvertrauen und Anerkennung. Sie boten die Möglichkeit, gegen die Erwachse-

nenwelt im Betrieb zu rebellieren und schließlich waren da das Gemeinschaftserlebnis sowie last but not least die Prämien und Vergünstigungen, die für Motivation sorgten.

Klassenkampf von oben

In der zweiten Hälfte der Fünfzigerjahre stellte sich – gemessen an den Jahren zuvor – eine relative Stabilität in der DDR ein. Der Ausbau der Konsumgüterindustrie zeitigte erste Erfolge. Die DDR-Wirtschaft konsolidierte sich. Endlich gelang es, die letzten Rationierungen aufzuheben. Die Erholungs- und Ferienheime der Gewerkschaften, Kulturhäuser, Kinderhorte und Polikliniken wurden als „Errungenschaften“ des Systems angenommen. Die Bevölkerung begann sich mit dem System immer mehr zu arrangieren. Die Flüchtlingszahlen sanken 1959 mit rund 140.000 auf den tiefsten Stand seit Gründung der DDR. Die SED-Führung fühlte sich auch durch die internationale Lage in ihrem Selbstvertrauen gestärkt. Die Sowjetunion hatte 1957 mit dem „Sputnik“ den ersten künstlichen Satelliten in den Weltraum gebracht und damit nicht nur ihren Vorsprung in der Raketentechnik demonstriert, sondern auch zu verstehen gegeben, dass sich nun das amerikanische Festland in der Reichweite östlicher Atomwaffen befand. Das Arrangement vieler Menschen mit dem Staat als Zustimmung fehldeutend, glaubte die Parteiführung, den politischen und vor allem ökonomischen Transformationsprozess im Jahre zehn der DDR abschließen zu können. Dieser war unter dem Eindruck des Junischocks des Jahres 1953 abgeschwächt worden. Wenn es gelang, die letzten Reste der „kapitalistischen Basis“ in der DDR zu beseitigen, so die marxistisch-leninistische Milchmädchenrechnung, würde sich die sozialistische Idee endlich auch im „Überbau“, also im Denken und Handeln der Bevölkerung, durchsetzen. Der 1952 proklamierte Aufbau des Sozialismus schien vor der Vollendung. So kündigte die SED den zerbrechlichen „Burgfrieden“ zwischen Partei und Bevölkerung auf. Bauern wurden wieder zum „freiwilligen“ Eintritt in die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften genötigt. Widerstrebende Hofbesitzer verhaftete die Staatssicherheit. In

den Städten und Gemeinden wurden zahlreiche Handwerker in Produktionsgenossenschaften gepresst. Der Anteil des privaten Handwerks am handwerklichen Gesamtprodukt sank von 93 Prozent im Jahre 1958 auf 65 Prozent 1961. Die staatliche Handelsorganisation, die HO, und die Konsumgenossenschaften bedrängten den privaten Einzelhandel. Hinzu kamen eine ideologische Offensive, die mit einer verstärkten politischen Propaganda einherging sowie Kampagnen gegen „Spione, Agenten und Saboteure“. Die Zahl der politischen Häftlinge stieg sprunghaft an. Auch die FDJ wurde in diese Offensive eingebunden. Jugendliche Eiferer sollten in FDJ-Ordnungsgruppen gegen „die Überreste der kapitalistischen Lebensweise unter der Jugend – Rowdytum, Trunksucht, flegelhaftes Verhalten gegenüber Älteren, Lektüre von Schundschriften“ etc. vorgehen. FDJ-Aktivisten zogen durch die Dörfer, um die Bauern in die Genossenschaften zu pressen. In den Betrieben gingen FDJ-Kontrollposten gegen vermeintliche Bummelei und Sabotage vor. Gleichzeitig begann eine von der SED bereits Mitte der Fünfzigerjahre eingeleitete Offensive gegen die Kirche zu greifen, um deren Einfluss auf die junge Generation zurückzudrängen. Mit der Wiederbelebung der aus der Arbeiter- und Freidenkerbewegung von vor 1933 stammenden Jugendweihe sollte ein säkulares, der herrschenden Staatsdoktrin verpflichtetes Ritual des Erwachsenwerdens an die Stelle der Konfirmation bzw. Kommunion treten. Die Kirchen betrachteten dies als einen Affront und erklärten die Teilnahme an der Jugendweihe mit dem christlichen Ritus für unvereinbar. In den ersten Jahren sorgte jedoch eine feindosierte Mischung aus Zuckerbrot und Peitsche dafür, dass 1959 bereits über achtzig Prozent aller Schüler an der Jugendweihe teilnahmen. Der Verzicht auf allzu plumpe politische Propaganda, die Inszenierung als Familienfest mit Geschenken und dezente Signale, dass die Nichtteilnahme an der Jugendweihfeier der weiteren schulische Laufbahn nicht gerade förderlich wäre, sorgten für die gewünschte Resonanz. Die politische und ökonomische Offensive der späten Fünfzigerjahre ging zugleich mit Strukturveränderungen einher, die sich unmittelbar auf die FDJ auswirkten. Die Bildungsreform des Jahres 1959 führte die obligatorische „allgemeinbildende zehnklassige polytechnische Oberschule“ ein.

Von da an verließ der Großteil der Schüler mit 16 anstatt wie bisher mit 14 die Schule. Und so wurde für die meisten Jugendlichen der Übergang von den Jungen Pionieren zur Freien Deutschen Jugend zu einer Selbstverständlichkeit, der mit dem Wechsel von der achten zur neunten Klasse und der Jugendweihe einherging. Der Prozess der Institutionalisierung der FDJ hatte an Dynamik gewonnen. Zunehmend erfolgte der Beitritt zum Verband nicht mehr aus Überzeugung, sondern auf Grund der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Die politische Offensive der SED sollte jedoch andere als die von ihr erhofften Resultate zeitigen. Der Klassenkampf gegen Bauern und Gewerbetreibende ließ den Flüchtlingsstrom nach Westen zu Beginn des zweiten Jahrzehnts der DDR zu einer Massenflucht ansteigen. Gleichzeitig spitzte sich die Versorgungslage dramatisch zu. Die überstürzt gegründeten Produktionsgenossenschaften erwiesen sich als heillos überfordert. Auf den Feldern verdorrte das Korn, in den Ställen verendeten die Tiere qualvoll. Viele Bäcker und Metzger gingen lieber nach Westen als in die PGH, die Produktionsgenossenschaft des Handwerks. Insbesondere Jugendliche verweigerten sich dem Anpassungsdruck. Und so war jeder zweite DDR-Flüchtling, der einen Neuanfang im anderen Teil Deutschlands suchte, unter 25 Jahre alt.

Wieder einmal reagierten die Parteistrategen erst zu einem Zeitpunkt, als die Krise ihren Höhepunkt erreicht hatte. Ein Jugendkomitee des SED-Politbüros von Februar 1961 versprach nicht zum ersten Mal Gesprächsbereitschaft und Toleranz. Die Freizeitinteressen und Wünsche der Jugendlichen sollten – wie fünf Jahre zuvor – in den Vordergrund der Jugendarbeit rücken. Doch derartige Proklamationen fanden längst kein Gehör mehr. Im ersten Halbjahr 1961 stiegen die Flüchtlingszahlen weiter an. Die Gerüchteküche brodelte. Wie lange würde die Partei- und Staatsführung den Aderlass an Menschen mit ansehen können, wie ihn verhindern?

1961-1976 Sag mir wo du stehst! Jugendpolitik im Schatten der Mauer

Letztlich wird wohl die Fantasie der wenigsten Zeitgenossen für das ausgereicht haben, was schließlich in den frühen Morgenstunden des 13. August 1961 in Berlin geschehen sollte. Um 2 Uhr morgens gingen bei der West-Berliner Polizei die ersten Meldungen über die Absperrung des Ostteils der Stadt ein. Passanten und Anwohner hatten beobachtet, wie Pioniereinheiten im Schutz schwer bewaffneter Volkspolizisten und NVA-Soldaten damit begannen, die Straßen zu den Westsektoren mit Stacheldraht und Spanischen Reitern abzuriegeln. Eine Viertelstunde später riss der Lärm von Pressluftschlämmern die Anwohner der Friedrich-Ebert-Straße aus ihrem Schlaf. SED-Betriebskampfgruppen errichteten Barrikaden aus Asphaltstücken und Pflastersteinen. Um halb drei wurde die West-Berliner Polizei in Alarmzustand versetzt. Eine Stunde später rollten Panzer durch den Ostteil der Stadt. Sie bezogen an zentralen Punkten, Unter den Linden, am Alexanderplatz und an der Oberbaumbrücke, Stellung. Immer dichter wurde der Absperrungsring um West-Berlin. Noch gelang es einzelnen Flüchtlingen, die Grenzbefestigungen an unübersichtlichen Stellen zu durchbrechen. Einige durchschwammen kurz entschlossen Kanäle und Gewässer. Fassungslos strömten die Berliner in den Morgenstunden zu Tausenden an die inzwischen hermetisch abgeschlossene Grenze, wo sie sich, getrennt durch Stacheldraht und schwer bewaffnete Volkspolizei, hilflos gegenüberstanden. In den folgenden Tagen ersetzten Bautrupps die provisorischen Befestigungen durch eine feste Mauer. Die DDR war abgeriegelt, die Spaltung Deutschlands nun auch „architektonisch“ vollzogen.

Jugendliche Eiferer

Und die FDJ? Noch am Tag des Mauerbaus kabelte der 1. Sekretär des FDJ-Zentralrates, Horst Schumann, den „Kampfauftrag für die Bezirksverbände der FDJ in den nächsten

Tagen“ in die Provinz. Die Jugend sollte in die Pflicht genommen werden, die Ereignisse in Berlin gutzuheißen und wie könnte dies besser geschehen als durch neuerliche Produktionserfolge? Gleichzeitig sollten die Ordnungsgruppen der FDJ ausgebaut werden. Die Lösung hieß wörtlich: „Mit Provokateuren wird nicht diskutiert. Sie werden erst verdroschen und dann den staatlichen Organen übergeben.“ Jeder, der die Sowjetunion oder Walter Ulbricht verunglimpfe, müsse „in jedem Fall auf der Stelle den entsprechenden Denkkzettel erhalten“. Nach der so genannten „Störfreimachung“ nach außen, ging es jetzt um die „Störfreimachung“ nach innen. Endlich brauchten sich übereifrige Funktionäre von Partei und Jugendverband keine Zurückhaltung auferlegen. Niemand vermochte sich mehr durch die Flucht nach Westdeutschland dem Zugriff der Staatsmacht zu entziehen. Bis zum Jahreswechsel gehörten Schikanen und Repressionen zur Tagesordnung. Drei Tage nach dem Mauerbau startete die FDJ-Führung die Kampagne „Das Vaterland ruft! Schützt die sozialistische Republik!“, mit der junge Männer zum Dienst in der Volksarmee geworben werden sollten. Ganze Klassenverbände wurden an den Oberschulen durch Druck und Versprechungen zum „freiwilligen“ Kriegsdienst verpflichtet. FDJ-Rollkommandos holten bzw. sägten jene Antennen von den Dächern, die auf den westdeutschen Sender Ochsenkopf gerichtet waren. Andererseits konnten viele Jugendliche gerade in den ersten Monaten nach dem Mauerbau ihre unverhohlene Wut auf das SED-System nicht verbergen. Polizei und Staatssicherheit registrierten einen Anstieg politischer Unmutsäußerungen bis hin zu Tötlichkeiten gegenüber allzu forsch auftretende FDJ-Apparatschiks.

Innerhalb der jungen Generation hatte sich – wie in der gesamten Gesellschaft – der Graben zwischen der Minderheit der systemkonformen Jugendlichen, die ihre politische Heimat in der FDJ gefunden hatten und der Mehrheit ihrer Altersgenossen vertieft. Anders als in den Fünfzigerjahren verhielt sich die Studentenschaft politisch neutral bis systemkonform. Innerhalb der Arbeiterjugend vermochte die SED und ihre Jugendorganisation weiterhin kaum Fuß zu fassen. Die rund 1,1 Millionen Mitglieder, die die FDJ nach dem Mauerbau zählte, sagten wenig über den Rückhalt der Massenorganisation aus. Viele Jugendli-

che hatten den Rückzug ins Privatleben angetreten, nachdem ihnen die Möglichkeit genommen war, ihrem Staat den Rücken zu kehren. Und so stießen die kontinuierlichen Kampagnen und die altbewährte politische Agitation der FDJ letztlich ins Leere.

Reformen von oben

Erst zwei Jahre nach dem Mauerbau sollten die jugendpolitischen Strategen aus dieser Pattsituation Konsequenzen ziehen. Am 21. September 1963 verabschiedete das SED-Politbüro ein neues Jugendkommuniqué, das die neue Politik der Öffentlichkeit vorstellte. Wieder einmal wurden neue Formen des Umgangs mit der jungen Generation angemahnt, ohne „Gängelei, Zeigefingerheben und Administrieren“. Das Dokument warb um Toleranz und die Achtung jugendlicher Individualität und Intimsphären. Die Borniertheit gegenüber Fragen der Sexualität, Vorlieben der Jugend in Modefragen oder der Musik sollte ein Ende haben: „Welchen Takt die Jugend wählt, ist ihr überlassen: Hauptsache, sie bleibt taktvoll!“, hieß es da plötzlich. Natürlich blieben Fragen des sozialistischen Aufbaus auch weiterhin ein Thema. Zwischen dem dort gezeichneten Idealbild des fleißigen, umsichtigen und ideologisch folgsamen Jugendlichen und dem Angebot zur individuellen Selbstverwirklichung und moderner Lebensweise war das Spannungsverhältnis dieses neuerlichen Reformversuches vorgezeichnet. Dennoch traf das Jugendkommuniqué damals durchaus den Nerv der „Hausherren von morgen“, wie die Jugend im SED-Dokument bezeichnet wurde. Der jugendpolitische Frühling der frühen Sechzigerjahre war das Ergebnis eines neuerlichen Anlaufes zur Entstalinisierung, der nach dem XXII. Parteitag der KPdSU im Oktober 1961 nach und nach auch die sowjetischen Satellitenstaaten erreicht hatte. Und in Ostberlin setzte sich ausgerechnet Walter Ulbricht an die Spitze eines gesamtgesellschaftlichen Reformprojekts, das in der DDR ohne Beispiel war und bleiben sollte. Der Altstalinist, der seine Macht seit mehr als einem Jahrzehnt behauptete und dessen Name untrennbar mit dem Aufbau der Diktatur in der DDR und den stalinistischen Verbrechen der

Fünfzigerjahre verbunden bleibt, setzte zum Jahreswechsel 1962/63 ein „Neues Ökonomisches System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft“ – zunächst NÖS abgekürzt – durch, mit dem die Planwirtschaft grundlegend modernisiert werden sollte. Es setzte auf größere Selbstständigkeit und Eigenverantwortung der Betriebe und sollte die ineffizienten administrativen Lenkungsmechanismen durch ein System ökonomischer Anreize ablösen. Gewünscht waren nun selbstständig denkende, verantwortungsbewusst handelnde, entscheidungsfreudige Menschen, die sich sowohl aus materieller Interessiertheit als auch aus innerer Überzeugung im Wirtschaftsleben engagieren sollten. Jetzt fanden jene Menschen in der Partei und Gesellschaft Gehör, die den Mauerbau als Chance zu einem politischen und ökonomischen Neuanfang betrachtet hatten. Es war eine Minderheit von Gewicht. Zu ihnen zählten viele Intellektuelle, Wissenschaftler und Künstler. Und sie nutzten die Freiräume in Wissenschaft, Bildung und Kultur, die sich mit dem neuen wirtschaftspolitischen Kurs eröffnet hatten.

Sozialistische Vielfalt?

Der FDJ-Zentralrat hinkte hinter den jugendpolitischen Konzepten seiner führenden Partei schwerfällig hinterher. Nach seinen Kampagnen gegen die Jazz-Musik und andere westliche Einflüsse in den Jahren 1961/62 wusste er die von oben verordneten Freiheiten nicht zu nutzen. Mit einiger Verblüffung erlebten die Jugendfunktionäre, dass das Jugendkomuniqué der SED von 1963 ein anderes Schicksal erfuhr als die unzähligen vorangegangenen Resolutionen oder Beschlüsse von Partei und Jugendverband. Die Jugendlichen nahmen das Papier beim Wort. Die bis dahin verfehnte Beatmusik trat ihren Siegeszug an. Tanz- und Beatveranstaltungen zogen allerorts die Jugendlichen in Scharen an. Nachdem der Jugendverband den Zug der Zeit nicht mehr anhalten konnte, wollte sich seine Führung zumindest an die Spitze der Bewegung stellen. Und so fand man in der FDJ-Presse irgendwann Fotos, wie der 39-jährige FDJ-Vorsitzende und einstige Widerstandskämpfer

Horst Schumann auf einer der Jugendtanzveranstaltungen zur Beatmusik tanzte. Wo immer die FDJ Angebote formulierte und Veranstaltungen anbot, die das Interesse der Jugendlichen fanden, brauchte sie sich um Resonanz nicht zu fürchten. Als der FDJ-Zentralrat Mitte der Sechzigerjahre zu einem Wettbewerb von Amateurbands aufrief, beteiligten sich Hunderte Gruppen aus der ganzen Republik. Ausgerechnet im Schatten von Mauer und Stacheldraht schien sich in der DDR erstmals eine Jugendkultur zu entwickeln, mit der sich Partei und Jugendverband arrangieren konnten. Im Mai 1964 inszenierte die FDJ mit großem finanziellen und organisatorischen Aufwand ein dreitägiges Deutschlandtreffen der Jugend, zu dem nach offiziellen Angaben mehr als eine halbe Million Jugendliche in die Hauptstadt der DDR gereist waren. Darunter befanden sich rund 25.000 Teilnehmer aus der Bundesrepublik und Westberlin. Drei Jahre nach dem Mauerbau wollten FDJ und SED demonstrieren, wie gut und richtig die damalige Entscheidung gewesen und wie weit man inzwischen vorangekommen sei. An der Eröffnungsfeier nahm die gesamte Partei- und Staatsführung teil. Eine Vielzahl von Kulturveranstaltungen, Lesungen von Schriftstellern wie Brigitte Reimann, Christa Wolf, Hermann Kant und Dieter Noll erwiesen sich ebenso als Publikumsmagneten, wie Auftritte von Beatgruppen aus der DDR. Der Berliner Rundfunk sendete erstmals rund um die Uhr ein Jugendprogramm, das nach dem Jugendtreffen als „DT 64“ einen festen Sendeplatz bekam. Jugendliche aus Ost und West diskutierten und tanzten die Nächte durch. Für einen kurzen Augenblick hatte sich der Eiserne Vorhang ein Stück weit gehoben. Mit Genugtuung registrierten die Agitatoren und Spitzel von Partei und Jugendverband, dass nicht wenige DDR-Jugendliche ein bis dahin nicht gekanntes, selbstbewusstes Wir-Gefühl entwickelt hatten.

Kulturelle Distanz: Jugend und Funktionäre

Doch die Erwartung, dass die jungen Untertanen – wie auch die gesamte Gesellschaft – sich brav und dankbar in den Grenzen der von oben gesteuerten und dosierten Liberalität bewegen würden, sollte sich nicht erfüllen.

Auch 1963 entglitten die wieder aktivierten Jugendforen rasch der Kontrolle der FDJ. Mit Engagement und Offenheit diskutierten die Jugendlichen bis dahin tabuisierte Bereiche der Gesellschaft, wie etwa Justiz, Strafvollzug und Wehrdienst, die vermisste Meinungs- und Pressefreiheit sowie brennende politische Fragen, die sich aus dem Mauerbau oder dem Passierscheinabkommen ergaben. Irritiert mussten die Politstrategen der SED feststellen, wie viele Jugendliche die DDR-Realität von einem sozialistischen Standpunkt aus kritisierten. Die jahrelange Propaganda und die marxistisch-leninistische Erziehung waren also nicht spurlos an der jungen Generation vorübergegangen. Bloß war diese keineswegs dazu bereit, die dogmatische Verengung und Verfälschung der Ideologie kritiklos zu akzeptieren. Vom eigenständigen Denken der jungen Leute überfordert, konstatierte eine abschließende Lageeinschätzung der Jugendforen 1964, „dass die Propagierung von ‘rückhaltloser Wahrheitsliebe’ eine ‘falsche Strategie’ gewesen sei“. Oberflächlich betrachtet schien die FDJ innerhalb der Jugend in den Sechzigerjahren an Rückhalt zu gewinnen. In der Mitte des Jahrzehnts gehörten rund 1,3 Millionen oder jeder zweite Jugendliche zwischen dem 14. und dem 26. Lebensjahr dem Verband an. Aber die Zahlen täuschten. Für viele Jugendliche stellte die FDJ lediglich die organisatorische Hülle dar, um eine eigene Rockband aufzubauen, die Freizeitangebote und Ressourcen des Verbandes zu nutzen sowie die Jugendklubs des Verbandes zu besuchen. Das „offizielle“ FDJ-Leben war weiterhin von Tristesse und Langeweile geprägt. Monatlich trafen sich die Mitglieder an einem Nachmittag in ihrer Grundorganisation, in den Schulen oder Betrieben. Daneben gab es eine politische Schulungsveranstaltung im Rahmen eines ‚FDJ-Studienjahr‘ nach einem vom Zentralrat bestätigten Lehrprogramm. Hier kam es allenfalls dann zu lebhaften Diskussionen, wenn Jugendliche wider den Stachel der offiziellen Propaganda löckten. Ansonsten ließen die meisten Mitglieder die Veranstaltungen stoisch über sich ergehen, wenn sie keinen glaub-

würdigen Anlass fanden, von ihnen fern zu bleiben. Der immer weiter wuchernde hauptamtliche FDJ-Apparat führte ein Eigenleben jenseits der Mitgliedermassen. Diese galt es im Rahmen der von oben verordneten Kampagnen zu mobilisieren, was immer dann in befriedigender Weise gelang, wenn es darum ging, Jugendliche für den Besuch von Festspielen, Sommerlager oder Konferenzen zu gewinnen, die an attraktiven Orten stattfanden. Schwieriger gestalteten sich die Kampagnen, die anlässlich von Wahlen oder zur Planerfüllung durchgeführt wurden.

Während die DDR-Jugend in den 60er Jahren immer stärker von der Alltagskultur und dem Lebensgefühl beeinflusst wurde, das aus Amerika via England nach Deutschland drang und sich auch von Mauer und Stacheldraht nicht aufhalten ließ, hatten die hauptamtlichen FDJ-Funktionäre, die zumeist zehn bis zwanzig Jahre älter waren, ihre politische und kulturelle Sozialisation in den Vierziger- und Fünfzigerjahren erfahren. Sie konnten in der Regel weder etwas mit den Beatles noch mit der Reformpolitik Walter Ulbrichts anfangen. Und so stieß letztere bei vielen Funktionären auf Ablehnung und Gegnerschaft, da sie nicht mit der vermeintlichen Eindeutigkeit der totalitären Politik der Fünfzigerjahre vereinbar war.

Reaktion(en)

Die Stunde dieser Funktionäre sollte 1965 schlagen. Längst war die Anfangseuphorie über das NÖS verklungen. Die Produktivität war nicht in dem gewünschten Maße gestiegen. Doch was viel schwerer wog: Im Herbst 1964 war der sowjetische Generalsekretär Nikita Chruschtschow gestürzt und durch den Bürokraten Leonid Breschnew abgelöst worden, der wenig Sinn für Reformexperimente mitbrachte. Und so begannen auch in der DDR jene Funktionäre Morgenluft zu wittern, die das Selbstbewusstsein, mit dem die Kulturschaffenden die Grenzen der Liberalität ausloteten, mit Argusaugen beobachteten. Im Herbst 1965 gingen diese Funktionäre in die Offensive. Erich Honecker, Ulbricht-Kronprinz und erster FDJ-Vorsitzender, geißelte auf einer ZK-Sitzung im Oktober 1965

„Entstellungen der Jugendpolitik der Partei“. Er blies zur Hatz auf „Gammer“, „Langhaarige“ und „Herumlungerer“, sprich auf jugendliche Beat- und Rockfans, die dieser Linie in den vorausgegangenen Wochen eine perfekte Steilvorlage geliefert hatten. Nachdem die Besucher eines Rolling Stones Konzert unter reger Anteilnahme der west- und ostdeutschen Presse die Westberliner Waldbühne zerlegt hatten, war die DDR-Propaganda auf einen offenen Antibeatkurs umgeschwenkt. Jugendliches Rowdytum und alkoholisierte Kneipen- und Konzertschlägereien, die es im Osten wie im Westen immer gegeben hatte, wurden zu schweren Krawallen hochstilisiert, die als Resultat westlicher Einflüsse denunziert wurden. Die FDJ-Führung ordnete sich diesem neuen Kurs ohne sichtliche Bedenken sofort unter. Und so verkündete der Zentralrat im November 1965 willfährig die Losung für einen schon länger geplanten Gitarrenwettbewerb: „Wir sind für die Gitarrengruppen, aber ohne Pilzköpfe“. Im gleichen Atemzug begann man dafür Sorge zu tragen, dass politisch missliebige Künstler keine Chance mehr bekamen, im Rahmen der FDJ aufzutreten. Am 1. November 1965 unterrichtete der FDJ-Vorsitzende, Horst Schumann, alle 1. Sekretäre des Jugendverbandes bis hinunter zur Kreisebene, dass der Liedermacher und Dichter Wolf Biermann künftig Auftrittsverbot habe und seine Lieder und Gedichte weder in Wort, Schrift oder Ton im Rahmen der FDJ verbreitet werden dürften.

Kahlschlag

Die neue – alte – Politik der FDJ war lediglich der Vorbote eines politischen Kurswechsels, der als kulturpolitischer Kahlschlag in die Geschichte der DDR einging. Auf dem 11. Plenum des SED-Zentralkomitees profilierte sich Erich Honecker wieder einmal als Scharfmacher. Mit seiner Grundsatzrede begann die Abrechnung mit der flexiblen, relativ offenen Politik seit 1963. Der einstige Dachdecker und seine Gesinnungsgenossen hatten einfache Erklärungen für die steigende Zahl an Jugendkrawallen, „Disziplinverstößen“, „Saufgelagen“ unter Studenten, für die schlechte Arbeitsmoral innerhalb der Jugend: Es

seien die Filme, Fernsehsendungen, Theaterstücke, literarische Arbeiten und Zeitschriftenartikel der vergangenen Jahre, die die Jugend mit verdorben hätten. In diesen Bereichen wären antihumanistische Darstellungen, Brutalität und sexuelle Triebhaftigkeit propagiert worden! Auch im Rundfunk bei „DT 64“ wäre den Erscheinungen der „amerikanischen Unmoral und Dekadenz“ nicht entgegengetreten worden. Genannt wurden von Honecker die Filme „Das Kaninchen bin ich“ und „Denk bloß nicht, ich heule“, das Theaterstück „Der Bau“ sowie die Romane „Sternschnuppenwünsche“ und „Rummelplatz“ von Werner Bräunig oder Stefan Heyms Werk „Der Tag X“. Heftigsten Vorwürfen war Wolf Biermann ausgesetzt, dem wörtlich Verrat am Staat und am Leben und Tod seines von den Nazis ermordeten Vaters vorgeworfen wurde. Dem FDJ-Zentralrat warf Honecker vor, übersehen zu haben, in welcher Weise die Beat-Musik die Jugend zu „Exzessen“ aufputsche. Das ZK-Plenum mündete in eine kulturpolitische Eiszeit, Bücher, Filme, Künstler wurden verboten. Zugleich wurden die zwei Jahre zuvor angestoßenen Wirtschaftsreformen bis zur Unkenntlichkeit verwässert. Die Hoffnung nicht weniger Intellektueller, im Schatten der Mauer einen verbesserten Sozialismus aufzubauen, mündete in eine Stagnation.

Jugendpolitik im Dienst der Partei

Die schriftliche Hinterlassenschaft in den Archiven der FDJ liefert keinen Hinweis darauf, dass leitende Funktionäre des Jugendverbandes auf die neuerliche kulturpolitische Eiszeit mit Bedauern oder gar Widerspruch reagiert hätten. Mit Eifer rief die Verbandsführung zu einer Kampagne zur „Aneignung der marxistisch-leninistischen Weltanschauung“ auf. Die Mitglieder sollten sich mit dem „wissenschaftlichen Sozialismus“ vertraut machen, die Parteibeschlüsse studieren und einen festen Klassenstandpunkt einnehmen. Wie ein Feigenblatt wirkte dabei die Mahnung an die eigenen Funktionäre, bei der politischen Erziehungsarbeit die Interessen und Bedürfnisse der Jugendlichen zu berücksichtigen. Eben diese Interessen hatte die FDJ in den letzten Monaten des Jahres 1965 zum wiederholten

Male verraten. Zur ideologischen Kampagne kam eine verstärkte Militärpropaganda, die im Oktober 1966 mit einem von der FDJ, der militärischen Vorfeldorganisation Gesellschaft für Sport und Technik (GST) sowie vom Deutschen Turn- und Sportbund (DTSB) gemeinsam veranstalteten „wehrpolitischen Tag“ ihren vorläufigen Höhepunkt fand. Zwar war mit Einführung der Wehrpflicht zu Beginn der Sechzigerjahre das Rekrutierungsproblem gelöst worden. Nun fehlte es jedoch an Freiwilligen für die Offizierslaufbahn. Nur mit Mühe gelang es der FDJ, der GST und den Lehrern hierfür ausreichend Nachwuchs zu gewinnen, der mit beruflichen Ausbildungsmöglichkeiten während und nach der Dienstzeit und ideologischer Propaganda geködert wurde. Im Frühjahr 1967 tagte zunächst der VII. Parteitag der SED und schließlich das VIII. Parlament der FDJ. Beide Masseninszenierungen spiegelten die Stagnation wider, die sich Ende 1965 im Land ausgebreitet hatte, und vermittelten keine politischen Impulse. Der Chronik wegen sei erwähnt, dass auf dem VIII. Parlament Horst Schumann von Günther Jahn als 1. Sekretär der FDJ abgelöst wurde. Der damals 37-jährige Jahn war der erste FDJ-Chef der seine politische Sozialisation in den Vierzigerjahren und hier vor allem nach Kriegsende erfahren und vor seiner politischen Karriere am parteieigenen Institut für Gesellschaftswissenschaften promoviert hatte. Aus der FDJ-Arbeit am Ende des Jahrzehnts gibt es wenig zu berichten. In Greifswald bauten Jugendliche im Rahmen eines zentralen Jugendprojekts am Kernkraftwerk Nord mit. Die 3. Hochschulreform zementierte die Stellung der FDJ in der Universitäts- und Hochschul-landschaft noch fester und tilgte letzte Reste der bürgerlichen Wissenschaftslandschaft. Mit der Singebewegung hoffte die FDJ eine Gegenbewegung zur nach wie vor gegängelten Rockmusikszene zu schaffen. Auch die Singegruppen waren eine Reaktion auf einen westlichen Musiktrend. Doch solange sich etwa der Berliner „Hootenanny“ (Folksong)-Klub auf Drängen der SED in „Oktoberklub“ umbenannte und die Gruppen aufmunternde Lieder sangen, durften die Melodien ruhig aus der amerikanischen Folkszene stammen. Im Gefolge des Parlaments unternahm die FDJ auch wieder anspruchsvollere Gehversuche im Bereich der Kulturpolitik. Anlässlich der 9. Arbeiterfestspiele im Juni 1967 lud der Zentral-

rat zu einem zweitägigen Literaturfestival nach Dresden ein – allerdings ohne die zwei Jahre zuvor verfeimten Künstler. Breiten Raum beanspruchten schließlich die Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag der russischen Oktoberrevolution.

Prager Frühling

Im Frühjahr 1968 sollten äußere Ereignisse dafür sorgen, dass bei Teilen der DDR-Bevölkerung neue Hoffnungen auf Veränderungen keimten. Viele Jugendliche und Studenten waren von der Studentenrevolte in Frankreich und Westdeutschland elektrisiert, die von einem Sozialismus träumte, der – so verschwommen er auch sein mochte –, mit dem Sozialismus jenseits des Eisernen Vorhangs nichts gemein hatte. Selbst aus den USA hörte man von Massendemonstrationen für Bürgerrechte und gegen den Vietnamkrieg. Ho-Chi-Min und Ernesto Che Guevarra wurden Ikonen der Revolte. Und plötzlich richteten sich die Augen vieler auf die Tschechoslowakei, die unter der Führung Alexander Dubceks aufgebrochen war, einen modernen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ zu schaffen, den sich nicht wenige auch für den Osten Deutschlands erträumten. Wer konnte, fuhr nach Prag und wusste nach seiner Rückkehr in Ostberlin, Leipzig oder anderswo von schier unglaublichen Veränderungen zu berichten. Presse- und Meinungsfreiheit, Reisemöglichkeiten, eine politische, kulturelle und ökonomische Liberalisierung in ungekanntem Ausmaß weckten Hoffnungen auf Veränderungen im eigenen Lande. Doch diese Hoffnungen machten bald schierem Entsetzen Platz. Hinter den Kulissen hatte die sowjetische Parteiführung längst damit begonnen, die tschechoslowakischen Genossen unter Druck zu setzen, eine Kurskorrektur zu vollziehen. Im politischen Denken Breshnews und seiner Gefolgsleute war kein Platz für reformpolitische Experimente. Bei Treffen der Warschauer Pakt Staaten zeigte sich Dubcek zu Konzessionen bereit, hielt jedoch an seiner politischen Grundlinie fest. Die Sowjetunion reagierte unerbittlich. Am 21. August 1968 endete nicht

nur der Prager Frühling, als Truppen der Warschauer Paktstaaten hinter sowjetischen Panzern in der Tschechoslowakei einmarschierten. Die Bilder der Menschen, die die sowjetischen Panzer auf dem Prager Wenzelsplatz umringten und ihre Wut und Verzweiflung in die Gesichter der teilnahmslos blickenden Soldaten schrien, erschütterten die Welt und erreichten über das Westfernsehen auch die Wohnzimmer der DDR. Als die Invasoren in Prag Friedhofsruhe hergestellt hatten und die Verletzten der vielen Scharmützel versorgt waren, wurden mit den Toten des Prager Frühlings auch die Hoffnung vieler Menschen in der DDR und anderswo begraben, dass ein menschlicher Sozialismus im Ostblock eine Zukunft haben könnte. Die Tatsache, dass die DDR-Propaganda den Eindruck erweckte, die Nationale Volksarmee sei an der Invasion unmittelbar beteiligt gewesen, steigerte die Abscheu vieler Menschen in Ostdeutschland. War dreißig Jahre nach dem „Anschluss“ der Tschechoslowakei an Nazi-Deutschland wieder eine deutsche Armee, die sich zudem sozialistisch nannte, ins Nachbarland eingefallen? Presse, Rundfunk und Fernsehen der DDR vermeldeten ungeteilte Zustimmung zur Invasion. Unmittelbar nach dem 21. August begann die FDJ im Verein mit der SED und den anderen Parteien und Massenorganisationen der DDR, Zustimmungserklärungen zu sammeln. Der Prager Frühling wurde als Konterrevolution denunziert. Überall fanden Aussprachen und Veranstaltungen statt, wo sich Künstler und Intellektuelle zu Beifallsbekundungen für den Einmarsch hergaben. Jenseits der bestellten Propaganda standen vor allem junge Menschen vor dem Trümmerhaufen ihrer Ideale und Hoffnungen. Der – nach 1953 in Ostberlin und 1956 in Budapest – erneut nur mit Hilfe von Panzern und Kalaschnikows triumphierende Realsozialismus hinterließ Hilflosigkeit und Wut. Und diese Wut machte sich überall im Lande Luft, wie die Berichte der Staatssicherheit, FDJ oder SED heute dokumentieren. In den Städten wie auf dem Lande verzeichneten die Spitzel Flugblattaktionen, Wandparolen, heftige öffentliche Debatten, kleinere Demonstrationen, in denen Jugendliche – und dabei keineswegs nur Abiturienten oder Studenten, sondern viele junge Arbeiter – gegen den Einmarsch protestierten.

Die DDR-Staatmacht reagierte rasch und brutal. Viele Jugendlichen wurden verhaftet, die vermeintlichen Rädelsführer zu Gefängnisstrafen verurteilt.

Sag mir wo du stehst!

Zwei Jahrzehnte nach Gründung der DDR hatte die SED ihr Ziel, die „Herzen und Hirne“ der jungen Generation zu gewinnen, mitnichten erreicht. Zwar zählte die FDJ mittlerweile mehr Mitglieder denn je. Vor allem Schüler und Studenten, Wehrpflichtige und Auszubildende gehörten fast ausnahmslos der FDJ an. Durch die Mitgliedschaft bzw. ein Engagement in der FDJ konnte das notwendige politische Wohlverhalten dokumentiert werden, das für den Besuch beispielsweise der Erweiterten Oberschule oder der Universität notwendig war. Die FDJ-Mitgliedschaft war zur Formsache verkommen, die seit der Einführung der obligatorischen Zehnklassenschule den Übergang von den Jungen Pionieren zur FDJ im Alter von 14 Jahren nahezu reibungslos gewährleistete. So hatte der Organisationsgrad der DDR-Jugend jegliche Indikatorfunktion für deren Übereinstimmung mit dem politischen System verloren. Ein Lied von Hartmut König aus dem Jahre 1965, das zur Hymne der FDJ-Singebewegung werden sollte, illustriert die daraus erwachsenden Probleme:

„Sag mir, wo du stehst und welchen Weg du gehst. /
Wir haben ein Recht darauf, dich zu erkennen, /
auch nickende Masken nützen uns nichts. /
Ich will beim richtigen Namen dich nennen. /
Und darum zeig mir dein wahres Gesicht!“

1969 erarbeitete das Leipziger Zentralinstitut für Jugendforschung eine Studie, die wie fast alle anderen Analysen des Hauses in den Stahlschränken des Volksbildungsministeriums, der FDJ und der SED verschwand, sprach sie doch eine beredete Sprache: Nur jeder 5. Jugendliche würde seine Mitgliedschaft in der FDJ in erster Linie politisch begründen. Allenfalls die Hälfte der Befragten hätten danach das FDJ-Leben „vielseitig und interessant“ empfunden. Ihre Freizeit verbrachten die Heranwachsenden in informellen Gruppen. Offenbar trauten die meisten jungen Menschen nur der Sportberichterstattung der DDR-Medien, denn 67 Prozent der Befragten benannten den Deutschlandfunk oder Radio Luxemburg als ihre Lieblingssender.

Neue Ostpolitik

Für wenig Begeisterung dürfte auch die Zustimmung der Jugendlichen zur neuen Bonner Ostpolitik gesorgt haben, die mit dem Beginn der sozialliberalen Koalition 1969 an Dynamik gewonnen hatte und auf einen Wandel der DDR-Verhältnisse durch eine kalkulierte Annäherung setzte. Bis dahin hatte die Bundesrepublik mit ihrer Hallstein-Doktrin für eine weit gehende Isolation der DDR auf internationalem Parkett gesorgt. Danach drohte die Bundesrepublik die diplomatischen Beziehungen zu jenen Staaten zu beenden, die Beziehungen mit der DDR aufnahmen. Bereits zur Zeit der großen Koalition unter Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger in den Jahren 1966 bis 1969 schloss Bonn direkte Gespräche mit der DDR nicht mehr aus. Nachdem die SED fast zwei Jahrzehnte die Losung „Deutsche an einen Tisch“ propagiert hatte, betrachteten viele SED-Führer die unerwartete Gesprächsbereitschaft als „Expansion auf Filzlatschen“. Auf die Hoffnungen vieler DDR-Bürger, die deutsch-deutsche Annäherung könnte den Weg zur deutschen Einheit bereiten, reagierte die SED unmissverständlich: 1974 wurde eine neue Verfassung in Kraft gesetzt, in der alle gesamtdeutschen Bezüge fehlten. In den Jahren zuvor hatten bereits Rundfunkanstalten, Wissenschaftseinrichtungen und Verbände das Wort Deutschland still-

schweigend aus ihren Namen getilgt. Eine eigene DDR-Staatsbürgerschaft, die von Westdeutschland nie anerkannt wurde, war bereits 1967 deklariert worden. Dennoch standen der Besuch Willy Brandts in Erfurt und der Gegenbesuch des DDR-Ministerpräsidenten Willi Stoph in Kassel am Beginn eines geregelten Nebeneinanders, das mit dem Grundlagenvertrag im Jahre 1972 und der Aufnahme der beiden deutschen Staaten in die UNO 1973 auch völkerrechtlich Gestalt annahm. Und der Jubel der Menge, als sich Willy Brandt 1970 in Erfurt am Hotelfenster zeigte, klang der SED-Führung noch lange als Warnung in den Ohren.

Sozialismus unter Palmen

Gleichzeitig zeichnete sich Ende der Sechziger-, Anfang der Siebzigerjahre innerhalb der jungen Generation eine politische Orientierung ab, die nur scheinbar gegenläufig zu den oben beschriebenen Einheitshoffnungen war. Mit großer emotionaler Anteilnahme verfolgten viele Jugendliche innerhalb wie außerhalb der FDJ den Kampf des Vietkong gegen die übermächtigen USA. Viele, die von der Niederschlagung des Prager Frühlings bitter enttäuscht waren, übertrugen ihre Hoffnungen auf eine bessere, sozial gerechte Gesellschaft auf die nationalen Befreiungsbewegungen in Asien, Afrika und Lateinamerika. Die FDJ versuchte die Begeisterung, in das Schwarz-Weiß-Raster vom Kampf des sowjetisch geführten Weltfriedenslagers gegen den kriegslüsternden angloamerikanischen Imperialismus einzufügen. Sie organisierte Solidaritätsaktionen, Spendensammlungen und entsandte einige besonders zuverlässige Anhänger in so genannten FDJ-Freundschaftsbrigaden zum Auslandseinsatz in die Dritte Welt. Die FDJ holte junge Freiheitskämpfer ins Land, die über ihre Siege und Entbehungen berichteten. Plötzlich sah man Studenten aus Chile, Afrika oder Asien an ostdeutschen Universitäten. Die Jugendorganisation sammelte Millionen Mark an Solidaritätsspenden. Der Sieg Salvador Allendes in Chile, die Nelkenrevolution in Portugal, der Fall Saigons, all diese Ereignisse schienen vom Vormarsch der

sozialistischen Bewegung zu künden, die aus der Ferne wenig mit den muffigen Verhältnissen in der DDR zu tun zu haben schien. Die Erwartung der politischen Kaste jedoch, dass sich aus dieser Begeisterung dauerhafte Zustimmung zu den Verhältnissen in der DDR schaffen ließ, erfüllte sich allenfalls bei einigen wenigen.

Von Ulbricht zu Honecker

Doch immerhin: Anfang der Siebzigerjahre verzeichneten die allgegenwärtigen Zuträger von Partei, Jugendverband oder Staatssicherheit so etwas wie eine Aufbruchstimmung, die von der DDR-Meinungsforschung bestätigt wurde. Das gewandelte gesellschaftliche Klima speiste sich aus vielen Quellen: Neben den Erwartungen, die mit den Veränderungen im deutsch-deutschen Nebeneinander einhergingen, oder den Träumen von einem Sozialismus unter Palmen, sorgte auch ein Führungswechsel an der Spitze von Staat und Partei für Zuversicht. Kurz vor dem VIII. Parteitag der SED im Juni 1971 hatte Erich Honecker seinen politischen Ziehvater Walter Ulbricht mit Zustimmung Moskaus vom Thron gestoßen. Mit seinen 58 Jahren war Honecker für realsozialistische Verhältnisse noch jung. Seine Rolle als Scharfmacher in den Sechzigerjahren war vielen Menschen in der DDR verborgen geblieben. Der neue Parteichef gab die Losung von der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ aus, mit der der Lebensstandard der Bevölkerung gehoben werden sollte. Die Konsumgüterproduktion wurde ausgebaut, ein ambitioniertes Wohnungsbauprogramm auf den Weg gebracht, Renten und Löhne wurden erhöht. Die Menschen sollten spürbarer als bisher an den Früchten ihrer Arbeit teilhaben. Mit dem Grundlagenvertrag öffneten sich die Grenzen der DDR für Bürger der Bundesrepublik und Westberlins. Der Reiseverkehr für DDR-Bürger wurde zumindest in die osteuropäischen Staaten schrittweise erleichtert. Im Verlauf eines Interviews gestand Honecker seinen Untertanen beiläufig das Recht zu, das

zu tun, was Millionen Menschen in der DDR jeden Abend ohnehin bereits taten, das Westfernsehen zu empfangen. Jeanshosen galten plötzlich nicht mehr als Ausdruck westlicher Dekadenz und tauchten als „Nietenhosen“ in DDR-Geschäften auf. Auch in der Kulturpolitik wehte in der ersten Hälfte der Siebzigerjahre ein neuer, liberalerer Wind.

X. Weltfestspiele der Jugend

Der Machtantritt Honeckers brachte für die FDJ keine grundsätzlichen Veränderungen, die über die Ausrichtung der FDJ-Propaganda und –Schulungsarbeit an den neuen Losungen der SED-Politik hinausgingen. Wie in den vergangenen zwei Jahrzehnten ließ auch das kulturpolitische Tauwetter der frühen Siebzigerjahre den FDJ-Alltag und das Außenbild der FDJ auseinander driften. Während sich am Einerlei der FDJ-Gruppensitzungen und der Schulungsarbeit nichts änderte, testeten die Jugendlichen wiederum in den Jugendklubs und Kulturveranstaltungen der FDJ die Grenzen der neuen Freiheiten aus. Die Hippie-Mode schwappte erst über den großen Teich und schließlich über Mauer und Stacheldraht, die Haare wurden länger und länger, Rockmusik war nicht mehr verfemt. Die Jugendkultur in Ost- und Westdeutschland ähnelte sich trotz staatlicher Teilung. Doch der Führungswechsel an der FDJ-Spitze von Günther Jahn zu Egon Krenz im Januar 1974 dürfte für die Mehrzahl der Jugendlichen in der DDR kaum von Belang gewesen sein. Mit der Neufassung des Jugendgesetzes wollte die SED an die Losung „Die Republik braucht alle, alle brauchen die Republik“ anknüpfen. Der jungen Generation sollte zumindest formal mehr Mitverantwortung übertragen werden. Immer neue „Jugendobjekte“, von denen die FDJ Ende 1973 über 30.000 zählte, hatten den Beitrag des Jugendverbandes zur Planwirtschaft zu dokumentieren. Die FDJ wurde in das prestigeträchtige Wohnungsbauprogramm, in den Bau des Palastes der Republik und der Erdgasleitung zwischen der Sowjetunion und der DDR mit einbezogen. Im Sommer 1973 fand in Ostberlin ein Ereignis statt, das wie kein anderes für den Zeitgeist der frühen Siebzigerjahre in der DDR stand. Vom

29. Juli bis 5. August feierten mehr als 500.000 Jugendliche in Ostberlin die X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten. Mehr als 25.000 Jugendliche waren aus über 140 Staaten der Erde in die DDR gereist, um an den rund 500 offiziellen Veranstaltungen des Festivalprogramms teilzunehmen. Daneben gab es unzählige Straßentreffs oder spontane Musikdarbietungen. Die Weltfestspiele waren Ausdruck der „kontrollierten Öffnung“ des Systems: Während junge Leute aus allen Teilen der Welt bis tief in die Nacht die Parkanlagen bevölkerten, westliche Gäste ungehindert Flugblätter verteilen konnten und allerorts rege Diskussionen stattfanden, wachten im Hintergrund ein Großaufgebot der Staatssicherheit, eigens dafür geschulte Funktionäre und in erhöhte Alarmbereitschaft versetztes Militär über das staatliche „Wohl“. Mitte der Siebzigerjahre schien das SED-Regime gefestigter denn je. Anlässlich des 25-jährigen DDR-Jubiläums 1974 präsentierte der FDJ-Zentralrat vor dem SED-Politbüro eine „großartige“ Bilanz seiner Taten. Das politische und wirtschaftliche Engagement der Jugend wurde in eindrucksvollen Zahlen dargestellt. Die SED-Führung lobte die Anstrengungen der jungen Menschen für die Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft. Am 6. Oktober nahmen über 200.000 FDJler an einem Fackelzug Unter den Linden in Berlin teil. Der Aufmarsch hatte ein historisches Vorbild: Am 11. Oktober 1949 hatte die FDJ anlässlich der DDR-Gründung bereits Tausende Jugendliche mit Fackeln auf die Straße geschickt. 25 Jahre später erneuerte der 1. Sekretär der FDJ, Egon Krenz, das damalige „Treuegelöbnis“ der DDR-Jugend an den neu gegründeten Staat. Nunmehr sei die junge Generation dabei, die Brücke in das kommende „kommunistische Jahrtausend“ zu schlagen.

1976-1989 Stagnation, Agonie und Untergang

Bald schon sollten Dissonanzen die vermeintliche Harmonie im Mauerstaat empfindlich stören. Falls die SED-Führung in der ersten Hälfte der Siebzigerjahre geglaubt haben soll-

te, die Bevölkerung würde ihr die Verbesserung der allgemeinen Lebensverhältnisse und eine Lockerung des politischen Klimas mit Loyalität danken und geduldig warten, bis die Führung neuerliche Gaben und Wohltaten unter das Volk brachte, wurde sie in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts eines Besseren belehrt.

Zwei Entwicklungen sollten den relativen gesellschaftlichen Frieden beeinträchtigen. Ab Mitte der Siebzigerjahre erreichte die Rezession, die auf den Ölpreisschock im Westen folgte, auch die DDR. Die beschworene „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ wurde immer mehr auf Pump weitergeführt. Der anfangs spürbare kontinuierliche Anstieg des Lebensstandards stagnierte. In der Bevölkerung machte sich Unzufriedenheit breit. Gleichzeitig wuchs bei immer mehr Menschen die Erwartung, dass die Grenze nach Westen bald durchlässiger werden würde. Hatte die Partei- und Staatsführung nicht im Sommer 1975 die Helsinki-Schlussakte unterzeichnet, die die Forderung nach Informations- und Reisefreiheit enthielt? Viele Intellektuelle – auch mit SED-Parteibuch – setzten darauf, die DDR-Gesellschaft von innen im Geist von Helsinki zu reformieren, ohne dabei die sozialistische Grundorientierung in Frage zu stellen. Die SED-Führung erteilte einem solchen Marsch durch die Institutionen eine unmissverständliche Abfuhr. Mit dem Jahr 1976 exekutierte die SED eine intellektuelle Selbstentblößung, von der sie sich bis zum Ende ihrer Herrschaft nicht mehr erholen sollte. Die Ausbürgerung des Poeten und Liedermachers Wolf Biermann im November des Jahres zog unerwartet heftige Proteste von Künstlern, Schriftstellern, Schauspielern und Intellektuellen nach sich. Mit der Ausbürgerung Biermanns, dem Ausschluss Rainer Kunzes aus dem Schriftstellerverband, dem Hausarrest für den Philosophen und Naturwissenschaftler Robert Havemann, der einst mit Erich Honecker im Nazi-Zuchthaus gesessen hatte, mit der Verhaftung Rudolf Bahros, für seine im Westen veröffentlichte kritische Abrechnung mit dem SED-Regime, verloren die letzten kritischen Geister in der DDR die Hoffnung, die gesellschaftlichen Verhältnisse im Verein mit der SED verbessern zu können.

Dogmatismus

In dem Maße, in dem die politische und wirtschaftliche Entwicklung in der DDR stagnierte, verlor die FDJ an erkennbarem eigenem Profil. Pflichtgemäß war die Biermann-Ausbürgerung in den FDJ-Grundorganisationen an den Schulen, Universitäten und Betrieben zu „erklären“ und zu verurteilen. Doch die meisten Jugendlichen reagierten auf derartige Rituale nur noch mit schweigendem Unwillen. Nur ein kleiner Teil hatte bis dahin ein Lied des Barden gehört. Als das Westfernsehen nach der Ausbürgerung das Kölner Konzert Biermanns nochmals übertrug, hatte die SED-Propaganda für hohe Einschaltquoten gesorgt: Und so sang und schrie und lachte der Hamburger Kommunist, der 1953 in die DDR gegangen war, unter dem Applaus seines Publikums ungehindert in die Wohnstuben der DDR: „Einheit der Linken in Ost und West!

(dann wird abstinken die braune Pest) So reißen wir die Mauer ein – so soll es sein, so soll es sein, so wird es sein Die DDR braucht endlich – und wie! – Rosas rote Demokratie!

Stimmt ihr mir zu? – dann stimmt mit mir ein: – so soll es sein...“

Doch jenseits der „großen Politik“ verlief der Alltag in den FDJ-Gruppen und Grundorganisationen in Schule, Ausbildung und Beruf in unspektakulärer Gleichförmigkeit ab.

FDJ-Alltag

Wie begegnete die FDJ in den ausgehenden Siebzigerjahren dem „durchschnittlichen“ fünfzehn- bis etwa siebzehnjährigen Jugendlichen in einer kleinen oder mittleren Stadt in der DDR?

Diese Jugendlichen besuchten in der Regel die 9. oder 10. Klasse der polytechnischen allgemein bildenden Oberschule (POS). Fast jeder POS-Schüler in diesem Alter gehörte der FDJ an. Im Alter von vierzehn Jahren war der Übergang von der Pionierorganisation im Dezember des achten Schuljahres nahezu automatisch vollzogen worden. Die Schulklasse bildete gleichzeitig die FDJ-Gruppe. Die Gruppen in einer Schule waren in einer Grundorganisation zusammengefasst, der ein FDJ-Sekretär (ein jüngerer Lehrer, der von Unterrichtsaufgaben teilweise freigestellt war) vorstand. Das FDJ-Leben war vor allem von regelmäßig wiederkehrenden Veranstaltungen bestimmt. Durchschnittlich traf man sich dreimal monatlich nach dem Unterricht zur Mitgliederversammlung, zum Zirkel im FDJ-Studienjahr und zu einer Kultur- oder Sportversammlung. In der Mitgliederversammlung ging es immer wieder um die schulischen Leistungen der einzelnen Mitglieder, um von oben verordnete aktuelle politische Themen, Jubiläen der Arbeiterbewegung und der kommunistischen Heldengeschichtsschreibung. Das FDJ-Studienjahr blieb seinen traditionellen Formen verhaftet, so wie es an den Schulen in den Sechzigerjahren installiert worden war. Viele Themen hatten einen noch stärkeren theoretischen Beigeschmack bekommen. Die Begleitmaterialien mit ihren dogmatischen Lehrsätzen vermochten kaum zu engagierten Diskussionen anzuregen. Spannend wurde es immer dann, wenn sich die Diskussionen verselbstständigten, wenn plötzlich tagesaktuelle Fragen zur Diskussion standen und der anwesende Gruppenleiter die Diskussion nicht abbrach. Geschickte Diskussionsleiter setzten die Planthemen sogleich in aktuelle, brisante Fragestellungen um, ließen diskutieren und stellten am Ende „verwundert“ fest, dass man leider zum eigentlichen Programm nur am Rande gekommen sei. In den Bereich der Freizeitgestaltung reichten die Kultur- und Sportnachmittage herein. Je nach Angebot vermochten Kino- und Theaterbesuche oder Sportwettkämpfe die Mitglieder mehr oder weniger zu mobilisieren. Höhepunkte waren Klassendiscos, Weihnachtsfeiern oder Schuljahresabschlussfeste. Wie in allen Jugendorganisationen hing auch in der FDJ die Attraktivität und Zugkraft des Verbandslebens an der Basis vom jeweiligen Gruppenleiter ab.

Fast alle FDJ-Gruppenmitglieder hatten bestimmte „gesellschaftliche Funktionen“ zu erfüllen. Einer war für die Wandzeitungsredaktion „verantwortlich“, der nächste war Beauftragter für die Arbeit der Gesellschaft für Sport und Technik, jemand musste die „Zusammenarbeit“ mit der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft regeln. Ob für den Klubrat der Schule oder im Stadtbezirk, für die Erstellung der „Klassenchronik“, so viele Jungen und Mädchen wie irgend möglich sollten durch die zahllosen ehrenamtlichen Funktionen in das Verbandsleben aktiv einbezogen werden. Die FDJ-Leitung der Gruppe bestand aus ca. fünf Mitgliedern. Diese wurden jeweils am Schuljahresbeginn gewählt. Die Kandidaten waren zuvor in Abstimmung mit der übergeordneten Leitung und mit dem Klassenlehrer ausgewählt worden. Dabei spielten schulische Leistungen ebenso eine Rolle wie persönliches Engagement, politisches Interesse sowie der persönliche Rückhalt in der Klasse. Die gewählte Leitung teilte die Arbeit unter sich auf. Es gab den FDJ-Gruppensekretär, seinen Stellvertreter, den Agitator, den Kultur- und Sportverantwortlichen, einen Kassierer oder einen Schriftführer.

Aus der FDJ-Gruppe wurden ebenfalls jährlich ein oder zwei Mitglieder für die Wahl in die Grundorganisationsleitung (GOL) vorgeschlagen. Diese Wahl fand im Rahmen einer Gesamtmitgliederversammlung (kleine Schulen) oder als Delegiertenkonferenz statt. Solange alles problemlos vonstatten ging, waren bis zu dieser Ebene die Wahlen und die anderen Aktivitäten relativ frei von der unmittelbaren, doktrinären Einflussnahme der regionalen Leitungsebenen (Kreise, Bezirke). Die Leitung der Grundorganisation koordinierte die Arbeit an einer Schule und bestand aus ca. 15 bis 20 Schülern. An der Spitze stand ein der FDJ-Kreisleitung unterstellter Grundorganisations-Sekretär. Ähnlich war die FDJ an den Universitäten und Hochschulen oder aber an den Berufsschulen verankert. Auch hier gab es Klassen bzw. Studiengruppen, die sich von der FDJ gut leiten ließen. Den größten Widerhall fand die FDJ mit ihren Jugend- bzw. Schulklubs, so genannte Interessen- oder Arbeitsgemeinschaften, Singegruppen, Chöre oder Theatergruppen. Formell trug die FDJ dabei die organisatorische Hauptverantwortung. In der Praxis standen hinter diesen Initia-

tiven nicht selten junge Leute, die außer dem Mitgliedsbuch mit den vorgesetzten Verband-organen nicht viel zu tun hatten. Legt man die Mitgliederzahlen zu Grunde, hatte die FDJ ihr Ziel erreicht, die Organisation der gesamten jungen Generation zu sein. Gehörten 1960 48 Prozent aller Jugendlichen dem Jugendverband an, stieg der Anteil der Blauhemden bis Mitte der Sechzigerjahre auf 56 Prozent an. In den Siebzigerjahren waren sieben, in den Achtzigern acht von zehn Jugendlichen zwischen vierzehn und Mitte zwanzig von der Verbandsstatistik registriert. Vor allem Schüler und Studenten, Wehrpflichtige sowie in geringerem Maße Auszubildende gehörten fast ausnahmslos der FDJ an. Während die FDJ überall dort organisatorische Erfolge feiern konnte, wo Jugendliche Nachteile fürchten mussten oder sich Vorteile versprachen, sah es ausgerechnet in den Betrieben anders aus. Hier verhinderten Alters- und Statusunterschiede zwischen Auszubildenden und ausgebildeten Jungarbeitern eine wirksame Verankerung des Jugendverbandes. Als „Gegenmittel“ hatte man Jugendbrigaden, Jugendforscherkollektive u. ä. ersonnen, die dann jedoch mitunter auch über Fünfzigjährige organisatorisch einschlossen.

Reformstau

Im letzten Jahrzehnt der SED-Herrschaft schienen alle politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Kräfte aufgezehrt zu sein, um den vielfältigen Herausforderungen zu begegnen, mit denen sich die DDR in den Achtzigerjahren konfrontiert sah. Ost und West befanden sich in einem neuen Rüstungswettlauf. Atomare Mittelstreckenraketen, die in beiden deutschen Staaten stationiert wurden, zeichneten das Schreckensbild eines begrenzten nuklearen Schlagabtauschs in Mitteleuropa. Während die SED-Führung einerseits die Wehrerziehung in den Schulen als Pflichtfach einführte und die Militarisierung der Gesellschaft vorantrieb, gerierte sie sich nach außen als Fürsprecher der Abrüstung, die jedoch vor allem in Westeuropa vonstatten gehen sollte. In Polen revoltierten die Arbeiter, was die SED

mit Sorge beobachtete, fürchtete sie doch, der Funke der Solidarnosc könnte in die DDR überspringen. Die Sowjetunion marschierte in Afghanistan ein.

Doch was weitaus gravierender wog: In den frühen Achtzigerjahren sah sich die Partei- und Staatsführung mit der Rechnung für eine Sozial- und Wachstumspolitik konfrontiert, die immer mehr auf westlichen Krediten beruhte. Kurz vor der Zahlungsunfähigkeit vermittelte der bayerische Ministerpräsident Franz-Josef Strauss der SED-Diktatur einen Milliardenkredit. Die Versorgungslage spitzte sich dennoch dramatisch zu. Immer wieder fehlten selbst Grundnahrungsmittel in den Ladenregalen. Als in der Sowjetunion Michail Gorbatschows „Perestroika“ und „Glasnost“ für frischen Wind und Reformhoffnungen sorgten, begann die SED sowjetische Zeitschriften und Filme zu verbieten, die über stalinistische Verbrechen in der Vergangenheit berichteten.

Lediglich auf außenpolitischem Parkett konnte die SED Erfolge feiern. 1987 empfing der christdemokratische Bundeskanzler Helmut Kohl Erich Honecker in Bonn zu einem Staatsbesuch. Doch änderte all dies nichts an der krisenhaften Lage in der DDR. Die Unzufriedenheit der Menschen nahm ständig zu. Immer mehr Ausreisepostulantinnen zählten die Monate bis sie ihr Land für immer verlassen konnten.

Der Weg in die Bedeutungslosigkeit

Und die Freie Deutsche Jugend? Für die FDJ herrschte Business as usual. Papiere über Papiere wurden produziert, die kaum jemand mehr las. Man demonstrierte gegen NATO-Waffen und erwähnte die SS-20-Raketen mit keinem Wort. Als die Atomkatastrophe von Tschernobyl die Welt erschütterte, stimmte auch der Jugendverband in die offizielle Beschwichtigungspropaganda ein. Die Jungen Pioniere veranstalteten derweil Geländespiele,

bastelten Panzer, Kriegsschiffe und –flugzeuge, erlernten das Karten- und Kompasslesen und absolvierten Besuche bei Truppenteilen der DDR-Streitkräfte. Die FDJ organisierte gemeinsam mit der Gesellschaft für Sport und Technik wehrsportliche Wettkämpfe mit Handgranatenzielwurf, Luftgewehrschießen und Geländeübungen. In der FDJ-Zentrale in Berlin gingen wie eh und je, Woche für Woche, Monat für Monat die statistischen Berichte über die FDJ-Arbeit in den Kreisen und Bezirken der Republik ein, die den Eindruck erweckten, die Jugend würde willig der aufgehenden Sonne auf blauem Grund hinterher trotten, die die Fahnen und Abzeichen der FDJ schmückte. Tatsächlich sah es an der Basis desolat aus. Die Mehrzahl der Jugendlichen drückte sich vor den FDJ-Pflichtterminen wo immer dies möglich war, beschränkte sich allenfalls auf die Freizeitangebote oder zog sich ganz in die Privatheit der Freundeskreise zurück. Eine wachsende Zahl von Jugendlichen ging noch weiter. In den Achtzigerjahren tauchten plötzlich Punks, Skins, Grufties, Heavy-Metall-Fans und – auch nach dem Überfall auf die Umweltbibliothek totgeschwiegen – junge Rechtsextremisten im Straßenbild auf. Die Jugend verweigerte sich den von oben vorgegebenen gesellschaftlichen Normen und orientierte sich an einem Lebensstil, der durch das Fernsehen und die Musik in die DDR vorgedrungen war. Die kirchlichen Jugendgruppen, die sich nach wie vor nicht auf die Vermittlung der Glaubenslehre beschränkten, erhielten immer stärkeren Zulauf. Ältere Jugendliche engagierten sich in unabhängigen Umwelt-, Friedens- und Menschenrechtsgruppen. Eine „autonome Jugendbewegung“ war im Entstehen. Trotz Polizeischikanen und Stasiüberwachung war das SED-Regime in seinen letzten Jahren nicht mehr stark oder willens genug, um diese Opposition gegen das eigene Gesellschaftsmodell zu zerschlagen.

Die DDR-Jugend in den 80er-Jahren

In den Achtzigerjahren war das Leben im Jugendverband endgültig erstarrt. Die Politbürokraten ließen sich nur zu gern von den Massenaufmärschen, den kostspieligen Festivals

und Rockkonzerten blenden, bei denen oft Hunderttausende von ausgelassenen Blauhemden die Städte bevölkerten. Sie ignorierten die zahlreichen Alarmsignale, die seit Mitte der Achtzigerjahre die wachsende Ablehnung der SED-Politik innerhalb der Jugend vermeldeten. Darüber geben heute die Archive der SED Aufschluss. Stellvertretend für viele Studien, Analysen und Einschätzungen zur politischen Einstellung der DDR-Jugend soll im Folgenden ausführlicher aus einer Expertise zitiert werden, die der Leiter des Leipziger Zentralinstituts für Jugendforschung, Walter Friedrich, im Herbst 1988 eigens für den Honecker-Kronprinzen, Egon Krenz, erstellt hatte. Darin verweist Friedrich auf die durch die rasante technologische Entwicklung hervorgerufenen „stürmischen Veränderungs- und Umbruchsprozesse“, die die „menschliche Zivilisation“ am Ende des 20. Jahrhunderts durchlaufen würde und die auch innerhalb der DDR-Bevölkerung einen tief greifenden Mentalitätswandel mit sich brächten. Es sei ein Trugschluss zu glauben, „dass man mit einer Verbesserung der ökonomischen Lage (Entwicklung der Produktion, Verringerung der Versorgungsprobleme) die geistig-kulturellen Entwicklungsprozesse in die gewünschten Bahnen lenken kann.“ Die „Eigenständigkeit“ dieser Prozesse habe im letzten Jahrzehnt zugenommen. „Das verlangt entschieden neue Formen, Methoden im Umgang (Informieren, Leiten, Agitieren, Regieren) der Menschen. Heute kommen wir eben oft mit den Formen und Inhalten (Worten, Formeln, Argumentationsmuster), mit denen wir vielleicht vor 20 Jahren erfolgreich waren, bei der großen Mehrheit der Bevölkerung bzw. der Jugend nicht mehr an. [...] Meist erreichen wir heute genau das Gegenteil.“ Die Parteiführung werde durch „nach oben“ hin „schöngefärbte, und selektierte Berichte“ über die Lage in der Bevölkerung desinformiert. Abgesehen vom Jugendbereich gebe es jedoch „so gut wie keine repräsentativen Forschungen über das Denken der Bevölkerung. Wir wissen also gar nicht, wie das Volk denkt, was es will, wie sich das Denken verändert. Die SED betrachte den Menschen als „Gewohnheits-Wesen [...], dem man nur die richtigen Denk- und Verhaltensweisen beibringen müsse.“ Dieses Menschenbild sei „Produkt und Produzent eines Machtbewusstseins, eines Führer-Masse-, eines Erzieher-Zöglings-Verhältnisses“, zwingen

„in Denkleise, die auf Anpassung, Erziehung, Unterordnung gerichtet sind“. Man fordere einerseits die Aktivität, Selbstständigkeit, Schöpferkraft der Jugend, reagiere aber andererseits auf abweichende Schritte, Gedanken, kritische Bemerkungen junger Leute intolerant. Kritik „von unten“ an „oben“ sei nicht erwünscht, werde nicht zur Kenntnis genommen oder negativ sanktioniert. Die „Stagnationsprozesse in der SU“, die Ereignisse in Polen, die globalen Energie-, Erdöl-, Rohstoffkrisen, die drohende Kriegsgefahr, der „wachsende Einfluss der BRD“ in wirtschaftlichen, kulturellen, modischen Fragen, „die Mängel und Schwächen im eigenen Lande“ sowie vor allem „die Nichtöffnung in Richtung der Perestroika-Strategie“ hätten die „Abschwächung des Zukunftsoptimismus seit Ende der 70er Jahre“ verstärkt. Dieser Punkt wurde von Friedrich als wichtiger Indikator und Voraussetzung für die Übereinstimmung der Bevölkerung mit dem politischen System gesehen. Er konstatiert einen tief greifenden Mentalitätswandel in der Bevölkerung „in Richtung eines höheren Selbstwerterlebens, einer stärkeren Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung. [...] Im Zusammenhang damit steht ein kritisches Verhältnis (das bis zur Ablehnung gehen kann) von formellen Institutionen und Verbänden (Schule, FDJ) bei Jugendlichen, wenn sie deren Selbstansprüche (d. h. spezielle Interessen, Bedürfnisse, Vorstellungen, Vorschläge) nicht berücksichtigen. Umgekehrt erklärt sich daraus die Bevorzugung und Neigung zu informellen Gruppen, Cliques, Bewegungen (Kirche, Umweltschutz, Freizeitgruppierungen aller Art. [...] Ebenso der Anspruch, selbst bestimmen zu wollen, wohin man reist, was man sich gern ansehen möchte. [...] Ein höheres Niveau der Selbstverantwortung tendiert, ja verlangt fast automatisch mehr Mitverantwortung! [...] Das Engagement in Umweltschützergruppen, kirchlichen Gruppierungen u.a. informellen Gruppen, die Ablehnung der formalen FDJ-Arbeit sollen hier nochmals erwähnt werden. Wäre der Austritt aus der FDJ folgenlos, würden die Jugendlichen heute gewiss massenhaft den Jugendverband verlassen.“ Die Identifikation der Bevölkerung mit den Zielen und Werten, mit der Politik der SED könne „nur erhöht werden, wenn wir zu bedeutenden neuen Formen im Umgang (Information, Offenheit, demokratische Mitgestaltung) mit den Menschen finden. [...] An-

dernfalls“, so die weitsichtige Schlussfolgerung des Jugendforschers, „werden sich die Menschen in den nächsten 1–3 Jahren weiter, und zwar in einem bedrohlichen Ausmaß von uns entfernen.“

Reformunfähig

Zahlreiche Unterstreichungen und Randnotizen bezeugen, dass Krenz durchaus die angesprochenen Probleme zur Kenntnis genommen hatte. Auswirkungen auf die Jugendpolitik hatte dies jedoch nicht. Überhaupt wird aus den heute zugänglichen Archiven der ehemaligen DDR ersichtlich, dass die Parteiführung durch Berichte der Staatssicherheit und der eigenen Partei über die desolate wirtschaftliche und politische Situation in den Achtzigerjahren informiert war. So mag man sich verwundert die Frage stellen, warum der politische Nachwuchs in der SED-Führung keinerlei Konsequenzen aus dieser Kenntnis gezogen hatte, nachdem offenbar wurde, dass die greise Politbürokratie um Erich Honecker nicht mehr zu Reformen fähig war. Anders als bei der Ulbricht-Ablösung 1971 stand jedoch 1988 keine sowjetische Bruderpartei bereit, diesen Schritt zu forcieren und abzusichern. 1986 hatte Gorbatschow die „Selbstständigkeit jeder Partei, ihr Recht auf souveräne Entscheidung über die Entwicklungsprobleme ihres Landes“ betont. Jede parteiinterne Opposition musste daher auf sich allein gestellt – im Bewusstsein der überall präsenten Staatssicherheit – handeln. Ein noch wichtigerer Grund für das Schweigen von Krenz und Genossen zum Niedergang des Systems mag jedoch in der eigenen Konzeptionslosigkeit gelegen haben. Auch bot die katastrophale wirtschaftliche Lage der DDR keinen Spielraum mehr, um politisches Wohlverhalten, das propagandistisch nicht mehr zu erreichen war, durch eine Erhöhung des Lebensstandards zu erkaufen.

Die Wende zum Ende

Als der damalige 1. Sekretär der FDJ, Eberhard Aurich, gemeinsam mit zwei weiteren Spitzenfunktionären es am 9. Oktober 1989, zwei Tage nach den gespenstischen Jubelfeiern zum 40. Jahrestag der DDR, endlich wagte, den „lieben Genossen Erich Honecker [...] über die politische Lage unter der Jugend zu informieren“, da jetzt „energisch gehandelt werden“ müsse, „wenn die Jugend der Partei auch künftig wie in den vergangenen 40 Jahren folgen soll“, war es längst zu spät. Auch wenn die dabei übermittelte „Vorlage an das Politbüro des ZK der SED“ mit dem Titel „Einschätzungen der politischen Lage unter der Jugend – Schlussfolgerungen für die weitere Vorbereitung des XII. Parteitages der SED und des XIII. Parlaments der FDJ“ in nie da gewesener Deutlichkeit Kritik am Generalsekretär und an der gegenwärtigen Politik der SED übte, ging sie kaum über die Darstellung negativer Sachverhalte hinaus. Programmatisk-konzeptionell blieb das Papier bei solchen Allgemeinplätzen wie „energischer muss daran gearbeitet werden, den massenverbundenen Arbeitsstil jedes FDJ-Funktionärs zu entwickeln“. „An den Dogmen der realsozialistischen Machtausübung wurde nicht gerüttelt. Über den Schatten der „führenden Rolle“ der SED konnte man nicht springen, die „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ trotz der offensichtlich schlimmen Folgen nicht antasten, das Feindbild kaum abbauen.“

Nach dem Rücktritt Erich Honeckers von allen Ämtern am 18. Oktober 1989 und der Wahl von Egon Krenz zum Generalsekretär hatte die SED und mit ihr die FDJ wohl noch gehofft, sie könnten sich an die Spitze der Reformbewegung stellen und so einen Teil ihres alten Einflusses bewahren. Auf der 10. ZK-Tagung der SED, die am 8. November 1989 begann, versuchte Eberhard Aurich, die FDJ nachträglich als Hort des Widerstandes zu profilieren: „Als wir die Schnauze so richtig voll hatten, unter dem Eindruck dessen, was sich um den 40. Jahrestag zugespitzt hatte, und sich drei Mitglieder des Zentralkomitees

(Eberhard Aurich, Wilfried Poßner, Gerd Schulz) am 9. Oktober in einem Brief an den Generalsekretär mit einer Einschätzung wandten, wurde diese Einschätzung [...] vom damaligen Generalsekretär als größter Angriff der FDJ auf die Parteiführung in 40 Jahren bezeichnet, im Politbüro verteilt und als Mittel benutzt, den jetzigen Generalsekretär gegebenenfalls daran zu hindern, die Wende einzuleiten.“ In einem internen Strategiepapier schlug Aurich seine eigene Ablösung als 1. Sekretär der FDJ vor und formulierte „Zur künftigen Rolle der FDJ in der DDR“: „Ziel des Jugendverbandes darf nicht mehr Bildung und Erziehung der Jugend sein. Er darf nicht mehr – wie bisher – die Jugendlichen unterweisen, was sie zu tun und zu lassen haben. Die Mitglieder sind nicht für den Jugendverband, sondern der Jugendverband ist für die Mitglieder da. [...] Es muss in der Öffentlichkeit deutlich bewusst gemacht werden, es handelt sich um einen Bruch mit der bisherigen (diskreditierten) Konzeption – deshalb NEUE FDJ.“ Die neue „sozialistische Jugendorganisation“ sollte „antifaschistisch, internationalistisch“ und „parteiunabhängig“ die „Interessen der Jugend selbstständig und verantwortungsbewusst“ vertreten. Als „absehbare Konsequenzen“ sah Aurich einen „drastischen Mitgliederrückgang“ voraus. Viele haupt- und ehrenamtliche FDJ-Funktionäre würden abgewählt werden, „FDJ-Organisationen werden zahlungsunfähig“, und es sei damit zu rechnen, dass „Angriffe auf FDJ-Eigentum [...] zunehmen“ werden. Aber: „Diese Entwicklung muss jedoch sein, sonst löst sich die FDJ von allein auf.“ Tatsächlich war der Zerfall der FDJ nicht aufzuhalten. Bald war die einstige Monopoljugendorganisation nur noch eine unter vielen. Schlagzeilen machte sie nur noch, als ruchbar wurde, dass sich ehemalige Spitzenfunktionäre mit billigen Krediten und Nutzungsverträgen über FDJ-Immobilien einen goldenen Start in die Marktwirtschaft verschafft hatten. Im vereinigten Deutschland schrumpfte die mittlerweile kleingeschriebene fdj bis zur Bedeutungslosigkeit.

Dr. Ulrich Mählert ist wissenschaftlicher Referent bei der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur in Berlin.

Dieser Text ist weitgehend identisch mit dem Buch von Ulrich Mählert: FDJ 1946-1989. Erfurt 2001.

ISBN 3-931426-46-7. Lediglich die Illustrationen fehlen, da die Landeszentrale die Nutzungsrechte nicht erhielt oder nur zu hohen Kosten erhalten hätte.

Landeszentrale für politische Bildung Thüringen

Bergstraße 4

99092 Erfurt

www.thueringen.de/de/lzt